

NEUE VORSTÄNDE IN REGION UND STADT



DIE NEUEN VORSTÄNDE STELLEN SICH VOR
Seiten 3/4

PRO & CONTRA MÜLLTRENnung



FÜR GRÜNE KEINE FRAGE - ODER ETWA DOCH?
Seite 7

HANNOVERS KITAS: MÄNNER GESUCHT!



ODER BLEIBT DIE PÄDAGOGIK WEIBLICH?
Seite 13

AUSSERDEM:

- VEGETARISCH UND GUT? S. 5
- TOP-RUNNER S. 8
- HANNOVER CITY 2020 S. 15

GRÜNE SEITEN



MITTEILUNGSBLATT VON BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN IN DER REGION HANNOVER • MAI 2008

Es ist das Gefühl nicht dazuzugehören, sich schämen zu müssen, irgendwie anders zu sein. Jedes sechste Kind und jeder sechste Jugendliche in Deutschland ist von Armut betroffen.

Knurrende Mägen. Schlechte Zähne. Miese Noten. Noch nie im Urlaub gewesen. RTL II statt Kinobesuch mit Freunden. Es sind 2,5 Millionen. 2,5 Millionen Kinder und Jugendliche, die im November 2007 nach dem Kinderreport des Kinderhilfswerkes auf Sozialgeld oder Sozialhilfe angewiesen waren und damit also arm gelten.

ARMUT IST MANGEL AN VERWIRKLICHUNGSCHECHEN

Doch Armut ist viel mehr als Mangel an Geld. In der modernen Armutsberichterstattung wird verstärkt der Ansatz der Verwirklichungschancen als Grundlage der Armutsanalyse verwendet. Der indische Ökonomie-Nobelpreisträger Amartya Sen definiert in diesem Modell Armut als einen Mangel an „Verwirklichungschancen von Menschen ein Leben führen zu können, für das sie sich mit guten Gründen entscheiden konnten, und das die Grundlagen der Selbstachtung nicht in Frage stellt.“ Nicht nur formelle individuelle Potenziale wie Einkommen, Behinderungen oder Alter sind entscheidend für ein Leben ohne Armut. Genauso bedeutsam ist, inwiefern diese Potenziale durch gesellschaft-

DER JUGEND EINE PERSPEKTIVE!

Sven-Christian Kindler, Sprecher der Grünen Jugend Niedersachsen, über Mechanismen und Folgen sozialer Ausgrenzung junger Menschen und die Bedeutung von öffentlichen Institutionen, Bildungschancen und Transferleistungen bei der Armutsprävention



JEDES SECHSTE KIND UND JEDER SECHSTE JUGENDLICHE IST IN DEUTSCHLAND VON ARMUT BETROFFEN. FOTO: GABRIELE KANTEL

lich bedingte Chancen, z.B. im Bildungs- und Gesundheitssystem oder am Arbeits- und Ausbildungsmarkt, gemindert, behoben oder gesteigert werden. Der Vater lebt von Hartz IV, die Mutter jobbt nebenbei bei Penny. Die kleine Tochter will später mal

Ärztin werden. Dieser Traum ist auch bald aus. Ihre Eltern sind zu arm. Denn in keinem anderen vergleichbaren Industrieland der Welt hängt der Erfolg im Bildungssystem so stark wie in Deutschland vom sozialen und finanziellen Status der Eltern ab. Die IGLU-Studie 2006 hat ergeben, dass ein Grundschulkind aus einem AkademikerInnen-Haushalt gegenüber einem Kind von ungelerten ArbeiterInnen eine vier bis fünfmal größere Chance hat, eine Gymnasialempfehlung

FORTSETZUNG: SEITE 2

LIEBE FREUNDINNEN UND FREUNDE!

Vielen herzlichen Dank an alle Aktiven, die an Grünen Ständen und Aktionen zu den vergangenen Klimatagen und zum Tag der Arbeit am 1. Mai mitgewirkt haben.

Zu letzterem war es uns ein besonderes Anliegen, für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns für alle Beschäftigten zu werben. Fast 1,3 Millionen Erwerbstätige müssen in Deutschland ihren Lohn mit Arbeitslosengeld II aufstocken, um über die Runden zu kommen. Mehr als eine halbe Million von ihnen geht sogar einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach. Deswegen ist hier der Gesetzgeber in der Pflicht: Löhne, die selbst bei Vollzeitbeschäftigung zu einem Einkommen führen, das unter dem Existenzminimum liegt, dürfen wir in unserer Gesellschaft nicht tolerieren. Lohn-dumping lässt sich nur durch Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns wirkungsvoll verhindern. Schließlich ist es Aufgabe des Gesetzgebers, Mindeststandards für die Arbeitsbedingungen vorzugeben, so wie es unter anderem bereits bei der Höchstarbeitszeit und dem Mindesturlaub der Fall ist.

Wir haben uns deshalb entschlossen, uns gemeinsam mit dem DGB und anderen Organisationen an einem regionalen Bündnis für den Mindestlohn zu beteiligen. Eine erste gemeinsame Aktion soll im Juni stattfinden.

**BRIGITTE DEYDA & DIETER ALBRECHT
REGIONS-VORSITZENDE**

NEUE VERPACKUNG - UND DER INHALT?

Die Grünen Seiten des Regionsverbands erscheinen im erneuerten Outfit. Für uns ein Anlass zu fragen: Gefällt Euch das? Und wie gefällt Euch der Inhalt? Habt Ihr Verbesserungsvorschläge? Möchtet Ihr selbst mal etwas schreiben? Wir freuen uns über Lob, Kritik und Ideen an guenther@gruene-hannover.de oder 0511-300 88 66.

FORTSETZUNG VON SEITE 1

zu kriegen. Bei identischen Leistungen und Fähigkeiten wohl gemerkt. Besonders werden Kinder von MigrantInnen im Schulsystem diskriminiert, die zusätzlich noch überdurchschnittlich in bildungsfernen und finanzschwachen Familien aufwachsen.

GRÜNES KONZEPT GEGEN KINDER- UND JUGENDARMUT!

Das Ausmaß der Armut von Kindern und Jugendlichen ist beschämend. Nicht für die Betroffenen, sondern für diese reiche Gesellschaft insgesamt. Doch dieser Zustand ist kein Naturgesetz, sondern kann und muss politisch von uns Grünen angegangen werden. Nicht mit einfachen Parolen wie „Hartz IV muss weg“, sondern mit einem intelligenten Mix aus den folgenden Komponenten:

1. Echte Existenzsicherung für Kinder und Jugendliche: Kinder sind eigenständige Individuen und keine halben Erwachsenen, deren Lebensbedarfe von ALG II-EmpfängerInnen abgeleitet werden können. Deshalb haben wir Grüne zu Recht auf dem Bundesparteitag in Nürnberg die Einführung einer Kindergrundsicherung beschlossen und treten dafür ein, die Regelsätze abhängig vom Alter auf 300 bis 350 Euro zu erhöhen. Ebenso sollten beim Kinderzuschlag die Anrechnungsgrenzen des Einkommens gesenkt und das Antragsverfahren dafür entbürokratisiert werden. Unser Ziel muss es sein, möglichst schnell möglichst vielen Kindern eine materielle Existenzsicherung zu garantieren.

2. Öffentliche Institutionen stärken: Neben der Kindergrundsicherung spielt die Qualität der öffentlichen Institutionen eine entscheidende Rolle bei der Armutsbekämpfung. Ein leistungsfähiger und für alle bezahlbarer öffentlicher Nahverkehr, lokale Büchereien, Jugendzentren mit attraktiven Angeboten, aber auch Familienzentren mit Beratungsmöglichkeiten für Eltern, gerade in sozialen Brennpunkten, sind wichtige staatliche Leistungen und Angebote, um arme Kinder und ihre Familien zu unterstützen. Mit einer öffentlich finanzierten Kinderfreizeitkarte könnten arme Kinder und Jugendliche zusätzlich ohne finanziellen Druck an verschiedenen Kultur- und Freizeitangeboten teilnehmen.

3. Bildung für Alle: Bildung muss schon in Krippen und Kindergärten anfangen. Gerade in dieser frühen Lebensphase von Kleinkindern werden entscheidende soziale, sprachliche und kognitive Fähigkeiten erlernt, die sich maßgeblich auf die Persönlichkeitsentwicklung auswirken. Um Ausgrenzung und frühe soziale Auslese zu verhindern, muss das mehrgliedrige Schulsystem durch eine gemeinsame Neue Schule für alle ersetzt werden. Die Benachteiligung von armen Kindern muss natürlich auch nach dem Schulabschluss in den Fokus genommen werden. Ein gebührenfreies Studium und ein Recht auf einen Ausbildungsplatz für jedeN BewerberIn sind die Grundlage, um jungen Menschen eine vernünftige Lebensperspektive zu bieten.

MEHR SOZIALE GERECHTIGKEIT WAGEN

Echte Teilhabe für Kinder und Jugendliche gibt es allerdings nicht kostenlos. Mit der Erhöhung des Einkommenssteuersatzes auf 45% und der konsequenten Abschaffung von Sondertatbeständen und Abschreibungsmöglichkeiten, höheren Einnahmen aus der Erbschaft- und Schenkungsteuer, der Abschmelzung des Ehegattensplittings, sowie der Weiterentwicklung der ökologischen Steuer- und Finanzreform könnten wir, wie in Nürnberg beschlossen, genug finanzielle Mittel generieren, um die Einführung der Kindergrundsicherung und den Ausbau der öffentlichen Institutionen zu finanzieren. Genug Vermögen ist in Deutschland vorhanden, allerdings werden wir politisch hart ringen müssen, um einen kleinen Teil davon für die Schwächsten dieser Gesellschaft umzuverteilen. Aber dieser Einsatz lohnt sich, geht es doch um nicht weniger, als um unsere Vorstellung von einer gerechten Gesellschaft, an der wirklich alle unabhängig vom Geldbeutel der Eltern teilhaben können.

Lasst uns deshalb wieder mehr soziale Gerechtigkeit wagen. Denn die Jugend von heute hat ein Recht auf echte Perspektiven für ein selbstbestimmtes Leben ohne Armut und Ausgrenzung.

SVEN-CHRISTIAN KINDLER

sven.kindler@gj-nds.de



BOEHRINGER KRITISCH BEGLEITEN

Mit einem öffentlichen Hearing und einer extra Mitgliederversammlung haben sich die Grünen in Hannover kritisch mit der geplanten Ansiedlung des Tierimpfstoffforschungszentrums in Kirchrode auseinandergesetzt.

In Anbindung an die Tierärztliche Hochschule soll am Bünteweg in Kirchrode ein Forschungszentrum der Boehringer-Ingelheim GmbH entstehen, in dem Impfstoffe für Nutztiere getestet werden. Gegen diese Ansiedlung protestieren sowohl AnwohnerInnen, die sich um die Qualität und Sicherheit ihres Wohnumfeldes sorgen, als auch TierschützerInnen, die in dem Zentrum eine einseitige Förderinstitution der industriellen Massentierhaltungen sehen und die dort geplanten Tierversuche kritisieren.

Wie keine andere Partei in Hannover haben sich die Grünen offen und kontrovers mit der geplanten Ansiedlung auseinandergesetzt. Die Mitgliederversammlung hatte am 29. März den Vorstand beauftragt, ein öffentliches Hearing zu dieser Ansiedlung zu organisieren und in einer anschließenden Mitgliederversammlung ein Meinungsbild einzuholen. Am 24. April wurden daraufhin verschiedene ExpertInnen ins Stadtteilzentrum Kronsberg eingeladen, um zur Meinungsbildung zu dem geplanten Vorhaben beizutragen. An diesem Hearing nahmen neben Stadtvorstand und Ratsfraktion VertreterInnen von Boehringer-Ingelheim, der Präsident und der Asta der Tierärztlichen Hochschule, Hochtief als Bauunternehmen, das in unmittelbarer Nähe zum geplanten Standort ein Wohngebiet errichten möchte, ein Vertreter der Tierrechtsorganisation PETA, ein Bioland-Tierarzt und Christian Meyer, landwirtschafts- und Verbraucherschutzpolitischer Sprecher der Grünen Landtagsfraktion, teil. Diskutiert wurden dabei sowohl Aspekte der Sicherheit für Mensch und Umwelt, als auch des Tierschutzes. Die rund 100 BesucherInnen der Veranstaltung hatten die Möglichkeit, kritische

Nachfragen an die Podiumsgäste zu stellen. Aufbauend auf den Ergebnissen des Hearings formulierte eine Arbeitsgruppe anschließend einen Antragsentwurf, der auf der Mitgliederversammlung des Stadtverbandes am 28. April zur Abstimmung gestellt wurde. „Die Grünen lehnen die industrielle Nutztierhaltung, der die Forschungsarbeit dieses Zentrums vor allem zu Gute kommt, nicht nur aus ethischen Gründen ab, sondern auch weil sie erhebliche ökologische Belastungen sowie Risiken für die Tiergesundheit mit sich bringt und negative soziale Auswirkungen im globalen Maßstab hat“, heißt es in dem Antrag. Da jedoch auch der biologische Landbau Impfstoffe zur vorbeugenden Krankheitsbekämpfung benötigt, halten Grüne eine Behinderung der Impfstoffforschung für den falschen Hebel, um gegen die Massentierhaltung vorzugehen. Weiter heißt es in dem Antrag: „Wir fordern, dass Tierversuche nur dann durchgeführt werden, wenn sie unumgänglich sind. Dies ist bei der Erforschung von Tierimpfstoffen zurzeit noch der Fall“. Verabschiedet wurden mit dem Antrag auch Bedingungen, die Grüne mit der Ansiedlung verknüpfen. Hierzu gehört, dass Risiken für Mensch und Umwelt ausgeschlossen werden können, der moderierte Dialog mit den BürgerInnen über die Inbetriebnahme hinaus fortgesetzt wird und die Anlage und das Umfeld ökologisch gestaltet werden. Der Antrag wurde bei nur einer Gegenstimme und drei Enthaltungen mit großer Mehrheit angenommen.

Die Grüne Ratsfraktion wird im weiteren Verfahren die Position der Basis einbringen und die Ansiedlung weiter kritisch begleiten.

Auf der Mitgliederversammlung am 1. März hat der Regionsverband einen neuen Vorstand gewählt. Neue Vorsitzende ist Brigitte Deyda aus Hannover, neuer Vorsitzender ist Dieter Albrecht aus Ronnenberg. Neben Brigitte und Dieter, der im bisherigen Vorstand Beisitzer war, wurden neu in den Regionsvorstand gewählt: Die BeisitzerInnen Jeanette Weinrich (Hannover), Naomi Imanishi (Hemmingen), Hannelore Heidecke (Barsinghausen), Christopher Bodirsky (Hannover) und Stephan Beins (Hannover). Schatzmeister Wilhelm Zabel (Langenhagen) wurde in seinem Amt bestätigt.

Neben dem Vorstand wurde auch der 37-köpfige Regionsparteirat neu gewählt. In diesem sind alle 21 Grünen Ortsverbände der Region vertreten.

Als Gast sprach die stellvertretende Vorsitzende der Grünen Bundestagsfraktion, Bärbel Höhn, zur Mitgliederversammlung zum Thema „Faire Preise? Soziale Preise? Grüne Ziele klimaschützender Energieversorgung“.

Inzwischen hat der neue Regionsvorstand seine ersten Sitzungen hinter sich und erste Ziele festgelegt, die hier präsentiert werden:

"Wir sollten dem Kind einen Namen geben", sagte Wilhelm in der Nachbesinnung zu unserer Klausurtagung am 20. April. Unser „Kind“, das ist unser Vorhaben einer längerfristigen Kampagne,

DEM KIND EINEN NAMEN GEBEN

Der neue Regionsvorstand stellt sich vor



DER NEUE REGIONSVORSTAND (V.L.N.R.): CHRISTOPHER BODIRSKY, HANNELORE HEIDECKE, STEPHAN BEINS, NAOMI IMANISHI, JEANETTE WEINRICH, BRIGITTE DEYDA, WILHELM ZABEL, DIETER ALBRECHT

die wir im Regionsverband mindestens bis in die nächsten beiden Wahlkämpfe im nächsten Jahr hinein durchführen möchten.

Bislang haben wir uns kurz vor den Wahlen mit Themen beschäftigt, die meistens von außen an uns herangetragen wurden, und die wir nach Abschluss des Wahlkampfes selten weiter verfolgt haben. Stattdessen möchten wir mehr auf eigene Themen setzen, die wir gemeinsam mit unseren Mitgliedern in den Ortsverbänden entwickeln werden. Wir möchten so dem Regionsverband ein eigenständiges Profil geben und

damit auch auf Landesebene und Bundesebene verstärkt sichtbar werden.

Der befürchteten Trennung in eine Zwei-Klassen-Gesellschaft wollen wir in der Region etwas entgegensetzen. Wir müssen uns für mehr soziale Integration stark machen und dabei insbesondere bei den Kindern und in der Bildung ansetzen.

Mit dem Sozialticket für den öffentlichen Nahverkehr in der Region Hannover, das von unserer Regionsfraktion vehement eingefordert worden ist, sind wir hier

bereits auf gutem Wege. Weitere Konzepte für mehr Solidarität mit den Schwächeren in unserer Gesellschaft gilt es gemeinsam zu entwickeln. Eine Idee dazu ist zum Beispiel die Kindercard.

Allerdings, wenn wir bei unseren Mitgliedern wieder mehr Interesse an einer engagierten Mitarbeit wecken wollen, dann müssen wir neue Formen der Mitgliederaktivierung entwickeln und ausprobieren. Das haben wir uns in Rahmen der geplanten Kampagne fest vorgenommen.

Das Diversity-Konzept des Landesverbandes möchten wir im Regionsverband übernehmen und uns damit mehr für die Mitarbeit von Migrantinnen und Migranten in unserer Partei öffnen.

Aber auch neue Mitglieder zu gewinnen, gelingt nur, wenn wir in der öffentlichen Diskussion in der Region Hannover besser wahrgenommen werden.

Wir werden uns deswegen nicht scheuen, auch kontroverse Themen wie z. B. das bedingungslose Grundeinkommen oder den gesetzlichen Mindestlohn aufzugreifen.

Auf spannende Diskussionen mit Euch freuen wir uns bereits.

Vorschläge für einen schlagkräftigen Slogan für unsere Kampagne nehmen wir gern bis zur Mitgliederversammlung am 6. Juni entgegen!

Brigitte, Christopher, Dieter, Hannelore, Jeanette, Naomi, Stephan und Wilhelm

GRÜNE INITIATIVE GEFRAGT!

Frauen im Stadtbild - Straßen werden immer noch häufiger nach Männern benannt.

Namensehrunen in Form von Straßenbenennungen führen immer wieder zu heftigen Auseinandersetzungen – wie etwa zur Zeit zu Recht in der Süd- oder Nordstadt Hannovers aufgrund der antisemitischen Vergangenheit der geehrten Personen.

Ich möchte noch einen weiteren Gesichtspunkt in die Debatte einbringen: Momentan sind in der Stadt Hannover gerade einmal 10 Prozent der nach Persönlichkeiten benannten Straßen, Wege und Plätze nach Frauen benannt. Aus diesem

Grund wurde 1999 von Rot-Grün ein Antrag beschlossen, nach dem vorrangig Frauen bei der Namensgebung berücksichtigt werden sollen. Die Stadtverwaltung hat auf Anfrage glaubhaft belegen können, diesem Grundsatz zu folgen. Allerdings sind die Initiativen für Benennungen aus verschiedenen Stadtbezirksräten hauptsächlich männlich – und häufig mit grüner Unterstützung getragen.

Nun ist der Grundsatzbeschluss schon vor einer Weile getroffen worden und die Stadtbezirksräte haben sich zum Teil erneuert,

aus diesem Grund haben sowohl wir, die Ratsfraktion, als auch die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Hannover nochmals zu diesem Thema informiert.

Wenn aber bei einer Entscheidung die Wahl doch auf einen Mann fällt, resultiert daraus ein Dilemma. Auf der einen Seite liegt mir nichts ferner, als diese Kompetenz der Stadtbezirksräte zu beschneiden, andererseits finde ich das Ziel der Gleichstellung in diesem Kontext nach wie vor richtig. Die Ratsfraktion hat daher entschieden, sich den Vorschlägen seitens der Stadtbezirksräte

anzuschließen, auch wenn sie dem Grundsatzbeschluss widersprechen; nur bei den Vorschlägen der Stadtverwaltung werden wir auf die Einhaltung bestehen.

Aber im besten Fall ziehen wir alle an einem Strang, um daran zu arbeiten, der Lebensgeschichte besonderer Frauen in unserer Stadt die Größenordnung zu geben, die ihnen gebührt.

MAARET WESTPHELY

maaret.westphely@hannover-rat.de



Der 18. Ökomarkt am 18. Mai, ein Tag für den Kalender. Um 11 Uhr geht's los und dauert bis 17 Uhr. Dreißig TeilnehmInnen dieses Marktes, mehr als in den Jahren zuvor, haben sich ökologischen Vorgaben verpflichtet.

Unter anderem wird das Gesundheitszentrum Wedemark mit einem Infostand über seine Aktivitäten informieren. Die positiven Wirkungen von Aloe Vera haben sich herumgesprochen, wer aber mehr über Anwendungen von Colostrum oder die Cistuspflanze wissen möchte, kann hier mehr erfahren und Kräuter und Seifen käuflich erwerben. Naturkosmetika namhafter Hersteller werden ebenfalls angeboten.

Angeboten werden außerdem leckere Brotaufstriche, die ohne Zucker, chemische Zusätze, Geschmacksverstärker und ohne Hefe hergestellt werden und nur im Direktkauf zu erhalten sind. Bio-Schnuckenfleisch und -wurst kann vor Ort vom Direkterzeuger erstanden werden. Die Erse-Bäckerei bietet Brot, Kuchen und glutenfreie Nudeln aus Vollkorngetreide an. Probiert und gekauft werden kann auch natives hochwertiges Rapsöl. Bioland-Produkte haben den höchsten Qualitätsanspruch, der landwirtschaftlichen Erzeugnis-

GRÜNER ÖKOMARKT

Am Sonntag den 18. Mai auf dem Amtshof Bissendorf/Wedemark

sen zugewiesen werden kann. Informationen hierzu sind direkt vom Bauernhof aus der Region erhältlich.

AUTO UND UMWELT

Im Mittelpunkt der Technik stehen umweltfreundliche Autos und deren Antriebsaggregate. Es geht um die Sparsamkeit beim Verbrauch, um weniger CO₂-Ausstoß und gleichzeitig geringere Spritkosten. Vorgestellt werden Hybridmotoren und die Um- und Einbaumöglichkeit von Gasantrieb in Ottomotoren. Im Heizungsbereich werden Pelletheizsysteme vorgestellt. Beraten wird auch über Naturfarben für Holzanstriche, speziell für den Außenbereich. Wie schon im Vorjahr werden Töpfereiprodukte angeboten. Seit mehreren Jahren auf dem Ökomarkt im Angebot: Stauden und Gewächse aus biologischem Anbau. An einer kleinen Drechselbank wird die

Drechslermeisterin Iris Meinhard aus Hannover das Handdrechseln vorführen, um einen kleinen Eindruck ihres Schaffens zu vermitteln.

INFORMATION UND VORTRÄGE

Zum aktuellen Stand der Gentechnik, besonders in der Wedemark, wird sich das „Bündnis für eine gentechnikfreie Landwirtschaft“ neben einem Infotisch mit einem Vortrag um 12 Uhr in der Bücherei, direkt am Amtshof, beteiligen. Zum Thema Hybridtechnik gibt es einen Vortrag der Firma EcoCraft aus Wunstorf. Beginn ist um 15 Uhr im Bürgerhaus. Mit Informationsständen werden der NABU, die Umweltbeauftragte der Gemeinde Wedemark, Amnesty International und Bündnis 90/Die Grünen als Veranstalter vertreten sein. Christian Meyer, agrarpolitischer Sprecher der Landtagsfraktion der Grünen, steht für landespolitische Fragen, insbesondere zu Landwirtschaft

und Naturschutz zur Verfügung. Auch für die Kleinen ist gesorgt: Mit Säge, Hobel und sonstigen Handwerkzeugen können Kinder und Jugendliche handwerkliches Geschick beweisen und auf den „Brelinger Zwergen“ ihre erste Reiterfahrung machen.

MUSIK, ESSEN UND TRINKEN

Was wäre ein Markt ohne leckeres Essen und Trinken? Auf dem Ökomarkt ist es zudem noch gesund. Es gibt Salate, Spargelspezialitäten und vegetarische Hacksteaks und Schnuckenfleisch vom Grill, Kuchen und Gebäck, Kaffee, Tee, Kakao und naturbelassene Säfte, Fruchtcoctails und vieles mehr aus Bio-Anbau. Weitere kulinarische Highlights sind frisches Brot aus dem fahrbaren Holzkohleofen und Bio-Crêpes.

Die Musik ist auch in diesem Jahr wieder handgemacht, es unterhält das Saxophon/Gitarren Duo um den bekannten Musiker Hartmut Brandt aus Hannover.

Kommen, erleben, erfahren und genießen. Die Grünen in der Wedemark laden herzlich ein zu dem Öko-Erlebnis auf dem historischen Amtshof in Bissendorf.

ANGELA KLINGRAD

klingrad.angelaruediger@t-online.de



NEUER STADTVORSTAND GEWÄHLT

Auf der Mitgliederversammlung des Stadtverbands am 29. März im Freizeitheim Linden wurde ein neuer Vorstand gewählt.

Am Samstag den 29. März 2008 fanden sich 50 Mitglieder ein, um im Rahmen ihrer Mitgliederversammlung einen neuen Vorstand zu bestimmen und den Haushalt des Stadtverbands zu verabschieden. Neben Thomas Schremmer (Personalrat in der Stadtverwaltung, 47 Jahre) wurde die bisherige Beisitzerin Silke Kleinhüchelkotten (wissenschaftliche Mitarbeiterin und stv. Geschäftsführerin am ECOLOG-Institut, 35 Jahre) als Nachfolgerin der nach Bielefeld wechselnden Anja Ritschel zur Vorsitzenden gewählt. Als Schatzmeisterin wählte die Versammlung Gabriele Böker (Verwaltungsleiterin im Fachbereich Umwelt und Stadtgrün der Stadtverwaltung, 49 Jahre) wieder, ebenso Patrick Drenske (Student, 22 Jahre) als Beisitzer.

Komplettiert wird der Vorstand durch die neue Beisitzerin Carolin Friedemann (Sprachwissenschaftlerin, 26 Jahre).

Anja Ritschel verließ nach 13 Jahren aktiver Mitgliedschaft, davon allein von 1996 bis 1998 und von 2003 bis 2008 im Vorstand, den Stadtverband Hannover. Sie wechselte nach Bielefeld und wirkt dort als neue Dezernentin für Umwelt und Klimaschutz. Mit einer Laudatio von Hans Mönninghoff wurde Anja auf der Mitgliederversammlung offiziell verabschiedet. Die Grünen Hannover wünschen ihr alles Gute für die Zukunft!

Als inhaltlichen Part gab es auf der Mitgliederversammlung einen Gastbeitrag von Ursula Helmhold, sozialpolitische Sprecherin der grünen Landtagsfraktion,



DER NEUE STADTVORSTAND (V.L.N.R.): GABI BÖKER, PATRICK DRENKE, THOMAS SCHREMMER, SILKE KLEINHÜCKELKOTTEN, CAROLIN FRIEDEMANN.

zum Thema "Die Zukunft der Sozialpolitik - wohin steuert Niedersachsen?" mit anschließender Diskussion. Zudem beschlossen die Mitglieder einen Antrag, ein öffentliches Hearing

zur geplanten Ansiedlung des Tierimpfstoffszentrums in Kirchrode durchzuführen und im Anschluss daran ein Meinungsbild auf einer Mitgliederversammlung einzuholen.

Das Ziel des Antrags der Grünen Jugend ist klar und ehrenwert: Ein Zeichen setzen gegen die Fleisch-Mafia, den wahnwitzigen Fleisch-Konsum, gegen Tierquälerei, gegen Massentierhaltung, gegen die weltweite Umweltvernichtung. So weit, so gut.

Ganz grob kann man sagen, dass die Fleisch-Mafia den Markt unter Kontrolle hat. Komplett? Nein: Eine kleine Minderheit leistet mit dem Rücken zur Wand erbittert Widerstand. fünd, maximal zehn Prozent der Fleischproduzenten behandeln ihre Tiere mit Respekt, lassen ihnen Zeit, sorgen für eine wirklich artgerechte Haltung. Das hat viele Gründe: Ethische, religiöse, weltanschauliche oder politische. Sie verzichten auf High-Tech-Tiere, auf Antibiotika, auf Industriefutter aus der Dritten Welt, auf Tierquälerei jeglicher Art. Sie sorgen dafür, dass regionale Eigenheiten und regionale Kultur erhalten bleibt. Kultur besteht nämlich nicht nur aus alten Mauern! Gerade regionale Lebensmittel mit ihren regional angepassten Rezepturen und Zutaten sind ein Kulturgut ersten Ranges und vom Aussterben bedroht. Regionale Tierrassen sorgen dafür, dass eine regionale Landschaft erhalten werden kann – ohne den Verzehr der Diepholzer Moorschnucke gäbe es kein Diepholzer Moor mehr – um nur ein Beispiel zu nennen.

Sie nehmen in Kauf, dass sie in ihren Dörfern als Sonderlinge gelten, als Außenseiter, als „Spinner“. Sie sind Überzeugungstäter im positivsten Sinne.

Der Fleisch-Mafia sind diese Produzenten ein Dorn im Auge, zeigen diese doch, dass man mit handwerklichen Methoden gute Lebensmittel produzieren kann und gegen diesen Geschmack kommt die Industrie nicht an. Daher versucht sie, über den Hebel EU mit total überzogenen Hygiene-Vorschriften diese Produzenten vom Markt zu fegen. Ihre Welt ist die Welt der Industrieprodukte mit Füll-, Aroma- und Farbstoffen, mit nicht deklarationspflichtigen Zusätzen und Verfahren, mit Marketing-Phantasie-Bezeichnungen – Hauptsache billig.

Mit dem Antrag, nur noch vegetarische Verpflegung anzubieten, bekämpfen wir also nicht nur die Fleisch-Mafia, sondern wir fallen auch denen in den Rücken, die

VEGETARISCH - UND GUT?

Auf der letzten Regions-Mitgliederversammlung brachte die Grüne Jugend einen Antrag ein, zukünftig auf Grünen Veranstaltungen nur noch vegetarische Verpflegung anzubieten. Der Antrag scheiterte knapp, die Debatte geht weiter. Christopher Bodirsky, vier Jahre Vorstand von Slow Food Deutschland und drei Jahre Consiglieri (Beirat) von Slow Food International und Christian Gutschwager von der Grünen Jugend über ein Thema, das durch den Magen geht.

dringend unsere Hilfe im Kampf gegen diese Mafia brauchen: Den anständigen Produzenten!

80 bis 90 Prozent der KäuferInnen ist die Herkunft der Produkte egal – Hauptsache billig. Man darf durchaus davon ausgehen oder hoffen, dass unter Grünen der Anteil der Menschen, die „politisch/ethisch/religiös/weltanschaulich korrekt“ einkaufen, ein ganz klein wenig größer ist als im Durchschnitt der Bevölkerung. Wenn nun ausgerechnet diese Menschen aufhören, die anständigen Produzenten zu stützen, handelt man geradezu wie ein 5. Kolonne der Fleisch-Mafia! Was besseres kann der Fleisch-Mafia gar nicht passieren, als diesen engagierten Produzenten die Käufer madig zu machen! Nein – und nochmals nein! Das ist der absolut falsche Weg. Grün zeichnet sich auch dadurch aus, nicht nur GEGEN etwas zu sein, sondern auch FÜR etwas einzustehen. Der richtige Kampf ist der, die kleine Gruppe, die aktiv und mit viel Herzblut und eigenen Opfern gegen diese Fleisch-Mafia kämpft, zu unterstützen! Und ehrlich – gibt es einen angenehmeren Kampf, als gute, köstliche Produkte zu verspeisen?

Langer Rede, kurzer Sinn: Ich plädiere dafür, zukünftig dafür zu sorgen, dass die Zutaten für die Verpflegung aus handwerklicher, regionaler und biologischer Produktion stammen (in dieser Reihenfolge – denn 'nur Bio' ist heute oft auch industrielle Massenproduktion!). Schön wäre es, wenn es dazu immer Informationsmaterial über die Produzenten und die Einkaufsquellen gibt – denn "Es gibt nichts Gutes, außer man tut es!"

CHRISTOPHER BODIRSKY

info@bodirsky-systeme.de



Zuerst möchten wir feststellen, dass wir niemanden zwingen wollen, sich vegetarisch zu ernähren. Da Grünen-Veranstaltungen auch nicht täglich stattfinden, kann eine vegetarische Verpflegung auf Grünen-Veranstaltungen sowieso nur einen symbolischen Charakter haben. Wer Wert darauf legt Fleisch zu essen, wird dazu also auch noch außerhalb dieser Veranstaltungen genug Möglichkeiten finden. Häufiger als ein- bis zweimal pro Woche ist allerdings schon allein aus gesundheitlichen Gründen nicht empfehlenswert.

Die Behauptung, durch den kompletten Verzicht von Fleisch die Massentierhaltung zu unterstützen, gelingt nur in einer schwarz-weißen Sicht der Dinge, wobei die regionale Tierhaltung gut, die Massentierhaltung böse ist und sonst keine Alternativen existieren. Dies ist genauso widersinnig wie jemanden, der nur Ökostrom bezieht und gegen Kohlekraftwerke ist, vorzuwerfen damit die Atomindustrie zu unterstützen. Auch zur Arterhaltung und zum Schutz des Diepholzer Moores gibt es sicherlich bessere Methoden als Tiere einzusperren und zu töten.

Aber kommen wir zu den Fakten. Nach einer UN-Studie ist die Tierhaltung der größte Treibhausgas-Verursacher, noch vor dem Verkehr-/Transportsektor. Ein Experte des Umweltbundesamtes gab folglich den auf der Hand liegenden Lösungsvorschlag zum Reduzieren der Treibhausgase: „Die rechnerisch einfachste Lösung wäre, wenn alle Menschen sich ab sofort vegan ernähren würden.“

Sollten nicht wenigstens wir Grünen diesen einfachen aber symbolischen Schritt zum Umwelt- und Klimaschutz bei unseren Veranstaltungen gehen?

Es gibt natürlich noch viele weitere Gründe, die für eine vegetarische/vegane Ernährung sprechen. Als erstes kommen wohl jedem ethische Fragen in den Sinn, ob es okay ist Tiere einfach einzusperren und zu töten, nur weil wir Menschen nicht in der Lage sind, ihre Sprache und Gefühle zu verstehen. Ein besonders grausames Schicksal erleiden beispielsweise männliche Küken. Da sie keine Eier legen können, werden sie direkt nach dem Schlüpfen zerschreddert oder vergast. Dieses Schicksal erleiden EU-weit jährlich ca. 280 Millionen Küken. Die indirekten Folgen hingegen werden leicht übersehen. Zum Beispiel benötigt man 10mal mehr pflanzliche Nahrung um einen Menschen zu ernähren, wenn man, statt die pflanzliche Nahrung direkt zur Ernährung einzusetzen, diese erst an Tiere verfüttert, welche man anschließend isst. Um die Massen an dafür benötigter pflanzlicher Nahrung herzustellen wird häufig Regenwald gerodet. Des Weiteren wird durch diesen massiven Bedarf an Tierfutter, um Fleisch für die Menschen in den Industrieländern zu produzieren, die pflanzliche Nahrung für Menschen in Entwicklungsländern unerschwinglich teuer, so dass viele hungern müssen und schlimmstenfalls sterben, obwohl sie leicht zu ernähren wären. Auch ist die Wasserverschwendung und -verschmutzung durch die Tierhaltung enorm. Diese Gründe haben auch nicht weniger Gewicht, wenn das Fleisch aus regionaler Tierhaltung kommt und regional verarbeitet wird.

All diese Punkte sprechen für eine vegetarische/vegane Lebensweise, aber darum geht es ja in dem Antrag gar nicht. Es geht nur darum, ob man symbolisch auf den Grünen-Veranstaltungen vegetarisches Essen servieren sollte, so wie es zum Beispiel bei den niedersächsischen Grünen und der Grünen Jugend üblich ist.

Nobelpreisträger Albert Einstein sagte einmal: „Nichts wird die Chance auf ein Überleben auf der Erde so steigern wie der Schritt zur vegetarischen Ernährung.“ Also folgen wir den Worten Erich Kästners: „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es!“

CHRISTIAN GUTSCHWAGER

unicg@web.de



Bis zum 1. März 2008, knapp vier Wochen vor Ablauf der Volksinitiative, waren von den niedersächsischen Gemeinden ca. 13.000 Unterschriften gegen die Kürzungen bei Bus und Bahn beim Landeswahlleiter gemeldet worden. Dieses Zwischenergebnis macht deutlich, dass die Volksinitiative trotz ihres breiten Fundamentes der vielen beteiligten Organisationen auch mit der ordentlichen Anzahl an vorliegenden Unterschriften im Endspurt keine Chance mehr hatte, das Quorum von 70.000 Unterschriften bis zum 29. März 2008 zu erreichen.

Die Initiative des Bündnisses gegen Kürzungen bei Bus und Bahn war zwar mit ihrem Anliegen, den Landtag zu zwingen, sich erneut mit dem Thema zu beschäftigen, nicht erfolgreich. In der Sache konnte die Landesregierung allerdings so weit unter Druck gesetzt werden, dass sich die Regierungsfractionen CDU und FDP im Sommer 2007 gezwungen sahen, den Forderungen zumindest entgegen zu kommen. Für den ÖPNV bedeutet das je 15 Mio. Euro Landeszuschuss für die Jahre 2008 und 2009.

Die zusätzlichen Mittel wurden den Aufgabenträgern zweckgebunden für den Schienenpersonennahverkehrsbetrieb zur Verfügung gestellt. Problematisch war dabei besonders, dass nach den ersten Kürzungen 2007 die vorherigen Leistungen von den ÖPNV-Aufgabenträgern auf eigene Kosten weitgehend aufrechterhalten worden waren und diese Leistungen vom Land jetzt trickreich als Bestand angenommen wurden, auf die ihr Zuschuss noch oben drauf kam.

Nach Darstellung der Landesregierung waren die zusätzlichen Landesmittel damit ausreichend, um Abbestellungen bei der Betriebsleistung zu vermeiden. Das behauptet sie ungeachtet der Tatsache, dass die zusätzlich zur Verfügung gestellten Mittel nur einen Bruchteil der finanziellen Kürzungen ausgleichen. Die dennoch erfolgten Abbestellungen von Leistungen sind laut Landesregierung unabhängig von den Kürzungen der Regionalisierungsmittel entstanden.

Selbst bei der Landesnahverkehrsgesellschaft, die über eine erhebliche Finanzrücklage verfügt, reichte dieser „Wahl-

VOLKSINITIATIVE GESCHEITERT

Trotz engagierten Unterschriftensammelns konnte das Bündnis gegen Kürzungen bei Bus und Bahn das nötige Quorum nicht erreichen. Weitere Bahnkürzungen wurden aber vorerst gestoppt. Eine Bilanz von Enno Hagenah



SCHWARZ-GELB LÄSST DEN ÖPNV IM REGEN STEHEN. FOTO: JOHAN KOOLWAAIJ

kampf“-Zuschuss nicht aus: Es mussten allein hier auch in 2008 Verkehrsleistungen für 690.000 Euro abbestellt werden. Ein ausreichendes Finanzbudget ist das nicht!

Ich finde aber angesichts des enormen Aufwands, mit der jede Unterschrift für die Aktivisten verbunden war, und dem zugegeben trickreichen Teilentgegenkommen der Regierungsfractionen kann sich das Ergebnis zwischen 20 und 25 Prozent erreichtem Quorum sehen lassen.

Insgesamt betrachtet ist das natürlich kein bleibender Erfolg. Denn eines ist doch klar: Ohne neuen Druck von außen wird es keine Nachfolgeregelung für den Zuschuss von 15 Millionen Euro pro Jahr geben und auch sonst keine Verbesserung in der ÖV-Finanzierung. Im Gegenteil, den Privatisierern und Sparfüchsen von der Regierungsbank werden vermutlich sogar noch weitere Kürzungsgelüste kommen.

Hier gilt es, das bisherige Bündnis mit aktuellen Forderungen zu erneuern und mit einigen konkreten Aktivitäten auch in Zukunft öffentlich sichtbar zu halten.

Die Fakten zum Bahnangebot sehen bei Licht betrachtet folgendermaßen aus:

1. Kürzungsanteil Regionalisierungsmittel in Relation zu den alten Bundeszusagen:

- 2007: -7,68 %
- 2008: -10,4 %
- 2009: -11,73 %
- 2010: -13,03 %

In entsprechender Höhe werden die Zuweisungen an die Aufgabenträger gekürzt (Novellierung des Niedersächsischen Nahverkehrsgesetzes ist bereits erfolgt), was zu Einschränkungen bei Ausbau und Qualität der ÖPNV Einrichtungen vor Ort führt.

2. Die investiven Zuweisungen des Landes an den SPNV-Aufgabenträger (Schienenpersonennahverkehr) verringern sich von 44,91 Mio Euro im Jahr 2006 auf:

- 2007: 38,43 Mio Euro
- 2008: 19,22 Mio Euro (-60%)
- 2009: 12,58 Mio Euro (-70 %)
- 2010: 6 Mio Euro (-85 %)

Diese Unterfinanzierung wird schon in Kürze zu nachlassender Attraktivität und Qualität des

ÖV-Angebotes in Niedersachsen führen. Busse und Bahnen werden unansehnlich und veralten.

3. Die Mittel zum Bestellen von Verkehrsleistungen die 2003 noch bei 401 Mio. Euro in Niedersachsen lagen, wurden bis 2006 auf 392 Mio. Euro abgesenkt und bleiben trotz steigender Löhne und Energiepreise 2008 bei 391 Mio Euro und 2009 bei 398 Mio. Euro.

Das führt zu Abbestellungen trotz zum Teil verdichteter Angebote um Ballungsräume:

2007:

- 829.653 km = -1,69 %
- LNVG -0,88 %
- ZGB - 8,97 %

2008:

- 698.520 km = -1,42 %
- LNVG -1,07 %
- Region H.- 0,29 %
- ZGB - 5,16 %

Minderleistung: -3,11 % der Zugleistung aus 2006, 1.528.173 Kilometer Angebot fehlen.

Anstatt den Anforderungen des Klimaschutzes und des demografischen Wandels gerecht zu werden und mit einer Sicherung der Fördermittel den Ausbau der Qualität und des Angebotes im niedersächsischen ÖPNV weiter voran zu bringen, nimmt die Regierungsmehrheit Substanzverlust und Kundenabwanderung in Kauf und wälzt einen Teil der Bundeskürzungen auf Kommunen und ÖPNV Kunden ab.

Niedersachsen steht schon heute nur auf dem unrühmlichen 12. Platz in der ÖPNV-Nutzung pro Einwohner im Bundesländervergleich. Wenn keine schnelle Kurskorrektur erfolgt, wird das Land hier noch weiter absacken und noch mehr Menschen sind bei uns mangels akzeptablen Angebotes gezwungen, ihre Mobilitätsbedürfnisse mit dem Auto zu verwirklichen oder zuhause zu bleiben.

Das Bündnis gegen die Kürzungen bei Bus und Bahn hakt das formale Scheitern der Volksinitiative deshalb ab und macht mit Engagement weiter im gemeinsamen Einsatz für eine ausreichende Finanzierung der ÖPNV-Versorgung im ganzen Land.

ENNO HAGENAH

enno.hagenah@
lt.niedersachsen.de



PRO:

„Nun kommen die wieder mit Ihrer Mülltrennung!“ Immer wieder gibt es Leute, die der Meinung sind, dass eine Mülltrennung keinen Sinn macht, da ja am Ende doch wieder alles zusammen geworfen wird, was nicht den Tatsachen entspricht.

Wertstoffsortierung und -wertung dient dem effizienteren Einsatz von Ressourcen und damit dem Schutz der Umwelt und der Zukunft unserer Kinder.

Die bestehende Verpackungsverordnung hat zu viele Schwächen und muss durch eine Wertstoffverordnung ersetzt werden. Diese soll für alle Verpackungen und alle Nichtverpackungen gelten (siehe Kasten).

Mit dieser Form der Ressourcenabgabe werden langfristig recyclingfähige, haltbare Produkte gefördert. Die Wertstoffsartierung findet Zustimmung in weiten Kreisen der Bevölkerung.

Ein kurzer Blick in die Geschichte zeigt, dass die Erfolgsgeschichte der Abfalltrennung schon mehr als 35 Jahre zurück reicht. Die nach dem Krieg durchaus übliche Sammlung von Abfällen – wie Altmetalle, Papier und Glas geriet in den Wirtschaftswunderjahren in Vergessenheit, bevor in den 70er Jahren die Sortierung von Glas wieder eingeführt wurde. In den 80ern von Papier/Pappe und in den 90ern die Getrenntentsorgung von Verpackungen aus Kunststoff, Metall, Verbunden und von Bioabfällen sowie die getrennte Sperrabfallentsorgung (Metall, Holz, Grünabfälle, Rest). Über Jahre wurde in der Bevölkerung das Bewusstsein geschaffen, dass Abfälle kein Dreck sind, sondern wichtige Rohstoffe, deren Getrenntsammlung sich lohnt. Die Menschen konnten aktiv und täglich etwas zum Umweltschutz beitragen. Mit der Verpackungsverordnung von 1991 wurden Lizenzentgelte für Verpackungen eingeführt, wodurch der Materialverbrauch, insbesondere bei Transport- und Umverpackungen, erheblich reduziert wurde. Außerdem hatten die in der Verpackungsverordnung vorgegebenen Einsammel- und Verwertungsquoten für Wert-

PRO & CONTRA MÜLLTRENNUNG

Ist Mülltrennung nach wie vor der aktuellste Weg, um mit Abfall umzugehen? Gibt es überhaupt Abfall oder ist alles was wir wegwerfen ein Wertstoff? Neue Ansichten zu einem alten Grünen Thema.



WURDE HIER KORREKT GETRENNT?

FOTO: WINNIE QUAN

stoffe eine technische Entwicklung angestoßen, die heute die vollautomatische Sortierung von Wertstoffen, z.B. vom gelben Sack, ermöglicht.

Rohstoffknappheit, Ressourcenschonung und teilweise hohe Erlöse für Wertstoffe sind wichtige Gründe für eine sortenreine Wertstoffsartierung, denn nur so lassen sich Folgekosten für eine aufwändigen Nachsortierung vermeiden. Mit gut sortierten, sortenreinen Wertstoffen werden Höchstpreise auf dem Weltmarkt erzielt. Damit können die Entsorger die Gebühren für die Entsorgung niedrig halten. Und nur nebenbei: Sachgerechter Umgang mit Abfall fängt zu Hause an und nicht erst beim Atommüll!

CONTRA:

Als Grüner gegen Mülltrennung, geht das überhaupt? Diese Frage stellt man sich schon, wenn man etwas aufs Korn nimmt, was seit Gründungstagen ein Glaubensbekenntnis grüner Lebenseinstellung zu sein scheint. Damals war es auch so, dass Trennen eine Form der Müllvermeidung war, landete doch Unsortiertes komplett auf der Kippe und nur das persönlich Aussortierte und Gesammelte wurde einer Wiederverwertung zugeführt.

Seit Mitte 2005 dürfen Deponien nur noch vorbehandelte Abfälle aufnehmen, d.h. was privat nicht sortiert wird, muss andernorts sowieso vorbehandelt werden.

WERTSTOFFVERORDNUNG

Die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen spricht sich für die Abschaffung der Verpackungsverordnung und die Einführung einer Wertstoffverordnung aus. Die Schwächen der Verpackungsverordnung lassen sich wie folgt skizzieren:

Stoffgleiche Nichtverpackungen, z.B. Kunststoffbügel, fallen nicht unter die Verordnung und gelten weiterhin als Restabfall bzw. als Fehlsortierung. Es gibt keine Anreize zur Abfallvermeidung. Die Menschen scheinen überfordert mit der Sortierung der Verpackungen für den gelben Sack, die Fehlsortierungsquote ist auch nach 16 Jahren sehr hoch.

Die von Bündnis 90/Die Grünen vorgeschlagene Wertstoffverordnung berücksichtigt, dass die Ressourcen knapp werden und Wertstoffe (z.B. Metalle, Kunststoffe, Glas, Papier) deshalb Höchstpreise auf den Weltmärkten erzielen. Es sollen Recyclingquoten festgelegt werden. Den Kommunen wird überlassen, wie sie die Wertstoffe erfassen wollen. Eine öffentlich-rechtliche Agentur soll eine Ressourcenabgabe erheben, die Höhe der Abgabe richtet sich nach ökologischen Kriterien.

Gleichzeitig bringen wir nach wie vor vier oder mehr Behälter in der eigenen Wohnung unter, um daheim den Job der Abfallentsorger zu übernehmen.

Ungewolltes einfach wegzuschmeißen, ein undenkbarer Akt für ökologisch sozialisierte Menschen. Aber ist es wirklich so, dass 38,72 Millionen Haushalte in Deutschland Miniaturwertstoffhöfe sein müssen, um eine ökologisch einwandfreie Abfallentsorgung zu betreiben? Zum einen gelingt selbst uns gewissenhaften Deutschen die private Vorsortierung nur bedingt. Rund die Hälfte aller z.B. im gelben Sack gesammelten Stoffe, wird dort falsch platziert. Auch im Restmüll befindet sich ein hoher Anteil von Wertstoffen wie Leder, Plastik oder Mineralien, der vielerorts ungenutzt in der Verbrennungsanlage landet.

Zum anderen könnte schon bald der komplette Müll in speziellen Anlagen vollautomatisch getrennt werden. Die Technik erbringt heute Trennleistungen, die 1991, als die Verpackungsverordnung ins Leben gerufen wurde, nicht vorstellbar waren. So ist Infrarot in der Lage, klar zwischen zehn bis 15 Kunststoffen zu unterscheiden. Die eingesetzten Geräte können bis zu 300.000 Einzelentscheidungen in der Sekunde fällen.

Erste Erfahrungen mit Pilotanlagen zeigen, dass die Verwertungsquote in einer solchen automatischen Sortieranlage wesentlich höher ist, als wenn die VerbraucherInnen die Arbeit erledigen.

Bleibt der pädagogische Aspekt. Häufig höre ich, dass praktizierte Mülltrennung eine gute Möglichkeit sei, gerade Kinder für die Umwelt zu sensibilisieren. Aus meiner Sicht trügerisch und der falsche Ansatz, denn wirklich ökologisch ist und bleibt nur der Müll, der gar nicht erst entsteht.

Statt brav wie Aschenputtel die Guten ins Töpfchen, die schlechten ins Kröpfchen zu sortieren, sollten wir lieber konsequent dafür sorgen, dass uns die Verpackungsindustrie den Mist nicht mehr vor die Füße schmeißt.

MARK BINDERT

mark.bindert@
htp-tel.de



MARK MEISSNER

mark.meissner@
region-hannover.de



ECKPUNKTE FÜR ARBEITNEHMER-DATENSCHUTZ-GESETZ

Nicht erst seit der Bespitzelungsaffäre im Supermarktkonzern Lidl sind die großen Defizite des Schutzes von Persönlichkeitsrechten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bekannt. Die heimliche Überwachung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern am Arbeitsplatz ist längst kein Einzelfall mehr. Alltag in deutschen Betrieben ist es, den E-Mail-Verkehr und die Internetnutzung bis ins Detail zu kontrollieren, die Beschäftigten mit Kameras und Zugangskontrollsystemen zu überwachen oder Fahrer und Außendienstmitarbeiter über das Handy zu orten. Zunehmend werden private Detekteien eingesetzt, die die Beschäftigten in einer rechtlichen Grauzone bespitzeln. Auch illegale Methoden der Überwachung werden eingesetzt, weil die möglichen Geldbußen bei Verstößen so niedrig sind, dass sie nicht wirklich abschreckend wirken. Gerade in den Einzelhandelsketten gibt es oft keine gewerkschaftliche Vertretung. Dort, wo es Betriebsvereinbarungen gibt, wird meist nur die private Nutzung von Telefon, Internet und E-Mail-Verkehr geregelt. Auch im Bundesdatenschutzgesetz sowie in den bestehenden arbeitsrechtlichen Regelungen sind die Persönlichkeitsrechte abhängig Beschäftigter nur unzureichend geschützt. Die Rechtsprechung ist uneinheitlich und widersprüchlich. So entschied das Bundesarbeitsgericht nach Verlusten von Sendungen im Briefverteilzentrum der Deutschen Post, dass das Persönlichkeitsrecht des Angestellten höher zu bewerten ist, als die Verluste bei den Sendungen und lehnte die Videoüberwachung der Angestellten ab. In anderen Fällen, so bei der Videoüberwachung von Mitarbeitern in einem Getränkemarkt, entschied das Gericht anders und ließ die Überwachung zu. Bereits mehrfach hat der Bundestag die Forderung nach einem Arbeitnehmer-Datenschutz-Gesetz erhoben, zuletzt in seiner Entschließung vom 28.03.2007. Angesichts des skandalösen Ausmaßes der Überwachung von Arbeitnehmerinnen und

Arbeitnehmern im Einzelhandel, aber auch in anderen Branchen ist die Große Koalition aufgefordert, umgehend einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Persönlichkeitsrechte abhängig Beschäftigter stärkt.

DATENSCHUTZLÜCKEN SCHLIESSEN

Zu regeln ist der Zweck der Datenerhebung, der Zeitraum der Datenspeicherung und ein umfassendes Einsichtsrecht für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Notwendig ist es, die Vielzahl datenschutzrechtlicher Fragestellungen zusammenhängend und in sich widerspruchsfrei zu lösen. Das gilt für die Videobeobachtung der Beschäftigten am Arbeitsplatz ebenso wie für den Umgang mit den Personalakten. Die Arbeitnehmer sind umfassend darüber zu informieren, welche Daten wann, wie und zu welchem Zweck von ihm erhoben und ausgewertet werden. Dem Arbeitnehmer ist ein umfassendes gesetzliches Auskunfts- und Einsichtsrecht in die erhobenen und ausgewerteten Daten zu gewähren. Auch die Nutzung von E-Mail- und Internetdiensten am Arbeitsplatz muss gesetzlich verbindlich geregelt werden. Von herausgehobener Bedeutung ist die Regelung für die Erhebung und Verwertung gentechnischer Daten im Arbeitsleben. Das von der Bundesregierung angekündigte Gendiagnostikgesetz muss hier eindeutig den Schutz der Beschäftigten vor Ausspähung der persönlichen Gendaten sicherstellen. Die Verfügung über die Gendaten muss ausschließlich und eindeutig bei der Person liegen, von der die Daten erstellt wurden.

Die Regelungen, die das Arbeitnehmer-Datenschutz-Gesetz umfassen muss im Internet unter <http://www.stokar.de/index/show/1124330.html>

POLITISCHE BILDUNGSFAHRT NACH BERLIN

Die nächste politische Bildungsfahrt nach Berlin findet vom 8. bis 10. Oktober 2008 statt, Anmeldung im Wahlkreisbüro.

SILKE STOKAR
silke.stokar@wk.bundestag.de
Tel.: 0511 30 66 52



LICHT AM ENDE DES TUNNELS?

"Mit schnellen Schritten voran", so könnte die Begrifflichkeit Top-Runner übersetzt werden. Das gibt keine Eins vom Englischlehrer, aber Zustimmung aus Japan.

Top-Runner ist eine energiepolitische Maßnahme und heißt, dass das energetisch effizienteste Gerät einer Produktgruppe als Mindeststandard für die gesamte Gruppe ab einem späteren Stichtag festgelegt wird und verbrauchsintensivere Geräte nach diesem nicht mehr auf den Markt gebracht werden dürfen.

Was sich in so wenigen Worten erklären lässt, ist eine wirtschaftlich und umweltpolitisch hoch komplexe, kreative und mit viel Potenzial bestückte Idee. Doch es ist nicht selbstverständlich, dass diese auch umgesetzt wird. Die Vertreter des Top-Runner-Modells haben es sich zur Aufgabe gemacht, mit ihrem Vorschlag die Themenfelder Umwelt und Wirtschaft auf einen grünen Zweig zu bringen. In Japan funktioniert genau das bereits seit dem letzten Jahrhundert.

Das Modell kann als Weiterentwicklung der Kennzeichnung mit Buchstaben als Gütesiegel interpretiert werden. Deren Problem liegt aktuell darin, dass die Kennzeichnungen nicht an veränderte Standards angepasst werden. Eine Waschmaschine, die vor drei Jahren mit "A" beglückt wurde, bekommt heute das gleiche Zeichen, obwohl die Technik schon deutlich effizientere Geräte hervorgebracht hat. Da fällt es nicht schwer, sich in der Werbung damit zu brüsten, keine Geräte im Programm zu haben, die schlechter sind als Effizienzklasse A. Wer heute noch ein B-Produkt auf den Tresen stellt, muss schon Besitzer eines Antiquitätenhandels sein. Zumindest diese Reform wäre also nötig. Und konzeptionell gar nicht so weit von der japanischen Gelddruckmaschine Top-Runner entfernt. Schließlich würde sich die Anpassung der Energieskala stets nach einem Durchschnitt der Geräte richten. Wer sich zu viel Zeit lässt mit der Entwicklung energiesparender Artikel, bekommt schnell einen unliebsamen Buchstaben aufgedrückt – was sicher nicht gut ist für's Geschäft.

Klima schützen ist seit dem Öko-Hype 2007 in. Das haben Hersteller und Verbraucher gemerkt. Trotzdem verhalten sich die Entscheidungsträger der Republik bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen eher zaghaft. Zwar wird die Idee von vielen Seiten beklatscht, in der SPD-Bundestagsfraktion diskutiert man sie seit Sommer 2006, wir Grüne fordern im Wahlprogramm zur Landtagswahl 2008 die Umsetzung. Greenpeace hat sogar schon einen Gesetzentwurf geschrieben. Aber wo bleiben die ernsthaften Schritte, die auf die ersten Diskussionen folgen? Zurückhaltung wohin man schaut. Selbst der Gesetzentwurf von Greenpeace liest sich nicht wie eine möglichst radikale Lösung. Das Bundesumweltministerium verhält sich... nicht. Außer einer kurzen Information darüber, was unter einem Top-Runner-Ansatz zu verstehen ist und Lob des japanischen Modells ist dort nichts zu erfahren. Dahintersteckt wohl kaum eine grundsätzliche Ablehnung, es ist eher dies: Man kann sich nicht einigen, man ist vorsichtig. Manche finden es ganz passabel, aber doch zu weitgehend. Sigmar Gabriel hat wichtigeres zu tun, als sich mit Michael Glos zusammen zu setzen. Damit ist das Top-Runner-Modell bereits auf dem Weg zur öffentlichen Diskussion in Ketten gelegt worden. Dabei will die Bundesregierung doch eigentlich die Energieeffizienz hierzulande gegenüber 1990 verdoppeln. Und das schon bis 2020.

Vielleicht könnte es gelingen, den Durchbruch zu schaffen, wenn sich endlich eine Gruppe fände, die zur Umsetzung bereit ist. Eine Spitzengruppe quasi – denn das heißt Top-Runner übersetzt. Es wird Zeit, dass es "mit schnellen Schritten voran" geht.

PATRICK DRENKE

patrick.drenke@gj-nds.de



EIN GRÜNER CLUB FÜR HANNOVER?

Die Grünen in der Region Hannover brauchen eine soziokulturelle Mitte! Eine Idee von Enno Hagenah, Rudi Zimmeck und Maaret Westphely

Wir haben uns viel vorgenommen: Unsere Inhalte sollen klarer und praxisnäher, unsere Ziele visionär und mit langfristigen Nutzen, die Kommunikation besser werden und natürlich wollen wir wachsen! Das könnte ein knappes Resümee der hinter uns liegenden Wahlanalysen sein. Fragt sich nur, wann, wo und wie wir das am besten anpacken?

Hier ist ein Vorschlag (von hoffentlich vielen), wie wir aktiver im gesellschaftlichen Umfeld arbeiten wollen, neue Leute einbinden und alte wieder für die Mitarbeit interessieren. Lasst uns die Kellerräume im Senior-Blumenberg-Gang „neu erfinden“! Als Treffpunkt, Kulturzentrum, Teestube und/oder Piano-Bar. Wir stellen uns vor, dass nach einer radikalen räumlichen Umgestaltung dort auch eine radikal neue inhaltliche Nutzung erfolgen könnte. Begegnung, Austausch, Kontroverse und Harmonie – alles passt da rein. Gedacht ist dabei ausdrücklich an mehr als „nur“ Sitzungen, Beratungen oder Parteitage. Es geht vielmehr um die Idee der drei großen „Ks“ Kultur, Kunst und Kommunikation.

Unserer Vorstellung nach könnte der Keller zu einem Ort werden für kleinere und größere Diskussionen, Kulturveranstaltungen, Film- und Sportabende, Ausstellungen und vieles andere, was

interessant ist und Vergnügen bereitet. Natürlich werden auch weiterhin „normale“ Parteiveranstaltungen, Vorstandssitzungen oder AGs dort stattfinden können. Nur der Rahmen wird auch dafür angenehmer sein. Inklusiv ein Getränke- und Snackangebot zum Selbstkostenpreis. Grundsätzlich könnte sich das zukünftige „Club-Team“ – mit einem finanziellen Budget von der Partei ausgestattet – dafür einsetzen, dass wir es uns im Keller etwas gemütlicher machen können. Optimalerweise könnte das Team auch je ein Mitglied aus den AGs, Fraktionen und Vorständen aufnehmen, um so die Zugangsverantwortung im Anschluss an jeweilige Sitzungen oder Termine dezentral zu organisieren.

Einen Namensvorschlag hätten wir auch: Petra-Kelly-Club.

Wer hat Lust, mitzumachen bei einem ersten Treffen, um den Vorständen aus Stadt und Region ein konkretes Angebot zur Umsetzung vorzulegen, das einfach niemand ablehnen kann?

Wir schlagen vor, uns im Keller des Senior-Blumenberg-Gang 1 am 21.05.08 um 17.30 Uhr zu treffen, um zu tun, was Petra Kelly empfiehlt: „Beginne dort, wo du bist, warte nicht auf bessere Umstände. Sie kommen automatisch in dem Moment, wo du beginnst...“

GUTER STROM IST GRÜN!

Wie einfach und schnell die Energiewende in den eigenen vier Wänden geht, erfahrt Ihr im Stromwechsel-Café! Bei hausgemachtem Kuchen und fair gehandeltem Bio-Kaffee/Tee beantworten wir alle Fragen rund um den Wechsel zu Ökostrom:

- Was ist Ökostrom und welche Vorteile bietet er?
- Wie wechsele ich zu einem seriösen Ökostromanbieter und worauf sollte ich dabei achten?
- Wie kann ich meine Energiekosten durch Energieeinsparung senken?
- Was hat Ökostrom mit Energiepolitik zu tun?

**SONNTAG, 25. MAI, 16:00 UHR
GROSSER GEMEINDESAAL DER NAZARETHKIRCHENGEMEINDE
SALLSTRASSE 57**

AUS DEM LANDTAG

ANGST VOR DER OPPOSITION?

Mehr Fraktionen gleich weniger Demokratie und Diskurs? – Das scheint die einfache Formel der Mehrheitsfraktionen im Landtag zu sein, mit der sie auf den Einzug der Linken reagieren. Zu Beginn der neuen Wahlperiode wurde die Geschäftsordnung an einigen für den Debattenverlauf im Plenum wichtigen Punkten verschärft. Keine einführenden Worte mehr zu einer Frage in der Fragestunde und nur noch vier Nachfragen pro Fraktion bei den dringlichen Anfragen sind ab nun erlaubt.

Man könnte fast meinen, CDU und FDP haben Sorge, dass die Regierungsmitglieder jetzt besser vor der Opposition geschützt werden müssen. Schwerer wiegt aber für uns die damit verbundene Einschränkung der öffentlichen Darstellungsmöglichkeiten während des Plenums. Dies macht sich besonders fest an der von CDU und FDP durchgesetzten Beschränkung der einzubringenden Anträge auf zwei pro Fraktion und Plenum. Es sollte jetzt ernsthaft überlegt werden, ob diesen Willkürmaßnahmen der Mehrheit nicht mit einer Klage vor dem niedersächsischen Verfassungsgericht in Bückeburg entgegen getreten werden sollte.

BRIEF AN DIE BAHN ZUM "ZUG DER ERINNERUNG"

Die DB tut sich schwer mit dem „Zug der Erinnerung“, der schon mit hoher Besucherfrequenz (10.000) in Hannover Station gemacht hat. Immer wieder werden Klagen laut, dass es der DB an Flexibilität mangelt.

Zum einen sperrt sie sich, ausreichend lange, gut erreichbare Stellplätze in ihren Bahnhöfen für dieses ehrenamtlich von einem privaten Verein organisierte Ausstellungsprojekt über die Rolle der DB-Vorläuferorganisation Reichsbahn bei den Deportationen im Nationalsozialismus bereit zu stellen; zum anderen fordert die DB inzwischen 70.000 Euro Stellplatz- und Streckengebühren von dem Verein. Deshalb hatte sich Enno an die Bahn gewandt und um

entgegenkommendes Verhalten gebeten. Die inzwischen vorliegende Antwort von DB Vorstand Wiesheu bestätigt die schroffe Haltung der Bahn, die auf ein eigenes Ausstellungsprojekt „Sonderzüge in den Tod“ zu dem Thema verweist und sich ansonsten dem öffentlichen Druck, zumindest die Kostenbeiträge zu senken, nicht beugen will. Enno findet das unsensibel und geschichtsvergessen.

MÖLLRING IN ERKLÄRUNGSNOT

„Ungereimtheiten“ gibt es auch im Zusammenhang mit den Vorwürfen über die unzulässige Beschäftigung eines Ein-Euro-Jobbers mit umfassenden Malerarbeiten im Finanzamt Osterholz. Nachdem Finanzminister Möllring in der Fragestunde des Landtages entsprechende Vorwürfe aus einer dringlichen Anfrage der GRÜNEN zurückgewiesen hatte, ist nun eine eidesstattliche Erklärung des betroffenen Malergesellen aufgetaucht, die belegt, dass in diesem Fall nicht von einer nebensächlichen Tätigkeit gesprochen werden kann. Im Laufe eines halben Jahres will der junge Mann nur an fünf Tagen nicht mit Malerarbeiten beschäftigt gewesen sein.

Damit stellt sich die Frage, ob die betreffende Person das Finanzamt renoviert hat, erneut. Finanzminister Möllring ist jetzt selbst im Verdacht, dass er im Landtag nicht korrekt geantwortet hat. Sollten sich die Vorwürfe bestätigen, muss dies nicht nur unverzüglich zu Konsequenzen gegenüber den Verantwortlichen vor Ort in Osterholz führen; auch der Finanzminister hätte ein Riesenproblem mit seiner Glaubwürdigkeit.

Außerdem muss natürlich dann dringend überall im öffentlichen Dienst des Landes neu geprüft werden, so Enno, ob nicht auch anderswo die billigen Ein-Euro-Jobber für reguläre Handwerkerleistungen zweckentfremdet eingesetzt werden.

ENNO HAGENAH
enno.hagenah@lt.niedersachsen.de
Tel.: 0511 3030-3308



NACHLESE 3. REGIONALE PLATTFORM

Die nunmehr dritte regionale Plattform der Regionsfraktion am 4. April stand ganz im Zeichen der Kinderbetreuung in der Region Hannover. Raoul Schmidt-Lamontain stellte als jugendpolitischer Sprecher der Regionsfraktion den Anwesenden aus sieben Regionskommunen in einem Vortrag die aktuelle Situation beim Kindertagesstättenbau in der Region dar.

DURCHBLICK IM GEBÜHRENSCHUNDEL

Gleichzeitig präsentierte die Fraktion den Flyer „Durchblick im Gebührendschungel“, in dem erstmalig die Kosten für Krippen, Kindergärten und Horte in der Region Hannover nach den einzelnen Kommunen gegenübergestellt werden. Eine Rechercheleistung, die es in sich hatte, ist es doch tatsächlich so, dass in einigen Kommunen die Kita-Gebührensatzung eher wie ein Staatsgeheimnis gehütet wird und nicht leicht zugänglich, z.B. im Internet verfügbar ist.

Entsprechend groß ist auch die Nachfrage nach dem „Kita-Falter“. Neben grünen Ortsverbänden und Elterninitiativen wurden größere Stückzahlen auch von der Regionsfraktion der FDP und dem Bürgerbüro der Region nachgefragt. Restbestände sind aber noch im Büro der Regionsfraktion oder beim Regionsverband erhältlich.

SOZIALTARIF

Zweites Thema der Plattform war der aktuelle Sachstand bei der Vorbereitung der Einführung des Sozialtarifs. Hier laufen derzeit die Kundenbefragungen in den JobCentern und Sozialämtern. Nach Aussage der Regionsverwaltung sehr erfolgreich. Insgesamt 2000 Interviews mit potenziellen NutzerInnen werden geführt, die Erhebung wird voraussichtlich bis zum 9. Mai komplett abgeschlossen sein.

Die Ergebnisse, die Grundlage der weiteren Ausgestaltung des Sozialtarifs sein werden, werden dann voraussichtlich Anfang Juni vorliegen. Danach wird dann

politisch zu entscheiden sein, zu welchem Preis der Sozialtarif in der Region eingeführt werden soll.

NÄCHSTES THEMA: REGIONSFINANZEN

Das Ende der Veranstaltung bildete ein Ausblick auf die nächste regionale Plattform, die nach den Sommerferien stattfinden wird. Dann werden die Regionalfinanzen das Thema sein.

ENERGIE- UND KLIMASCHUTZPAPIER ENTWICKELT

Regionsgrüne und -SPD haben ein „Energie- und Klimaschutzpapier“ entwickelt. Um das obere Ziel – die Reduzierung der CO₂-Belastung in der Region – zu erreichen, setzt die Region zunächst bei sich selbst an:

Es sind energetische Standards für die Regionsverwaltung und deren Gebäude zu entwickeln, die später auch für die Beteiligungsgesellschaften der Region, wie z. B. das Technologie-Centrum Hannover GmbH (TCH), den Zoo, etc. gelten sollen.

Die Dächer der regionseigenen Gebäude werden für Solaranlagen frei gegeben, wobei Bürgeranlagen ein Vorzug eingeräumt werden soll.

Da ein entscheidender Faktor für die optimale energetische Nutzung von Gebäuden im Verhalten der NutzerInnen liegt, sind Aufklärung und Schulung zum Beispiel von Schulhausmeistern, etc. durchzuführen.

Das Papier ist zu beziehen über Katja.Busch@region-hannover.de

FRAKTIONSVORSTAND BESTÄTIGT

In ihrer Sitzung am 21. April hat die Fraktion den bisherigen Fraktionsvorstand bestehend aus Serdar Saris (Fraktionsvorsitzender), Doris Klawunde und Brigitte Nieße (beide stellvertretende Fraktionsvorsitzende) einstimmig im Amt bestätigt.

EURE REGIONSFRAKTION
gruene@region-hannover.de
Tel.: 0511 616 22 084

HALLO AUS BRÜSSEL

Carolin Friedemann berichtet von ihrem Praktikum bei der Grünen Fraktion im Europaparlament in Brüssel

Die meisten von Euch kennen mich wahrscheinlich als frisch gewählte Beisitzerin im Vorstand des Stadtverbands Hannover. Mein Amt führe ich zur Zeit allerdings größtenteils aus der Entfernung aus, denn seit Anfang März bin ich für ein Praktikum in Brüssel bei Michael Cramer, verkehrspolitischer Sprecher der Grünen Fraktion im Europaparlament.

Ich hatte mit über einem Jahr einen sehr langen Vorlauf vor Praktikumsbeginn, der jedoch bei der Zimmersuche von Nutzen war. Ich hatte Glück und wohne für 300 Euro in einem grünen Viertel mit vielen Einfamilienhäusern, und da stört es mich nicht, insgesamt 30 Minuten bis zum Europaparlament zu brauchen. In der Innenstadt bezahlt man für ein Zimmer schon mal 450 Euro.

Woraus aber besteht meine Arbeit? In unserem Büro ist es so, dass die PraktikantInnen vor allem für die Aktualisierung der Homepage verantwortlich sind und Aufgaben erledigen, die tagesaktuell anfallen, wie Recherchen für die Beantwortung von BürgerInnenanfragen oder auch Pressebriefings für Michael erstellen.

Vor Kurzem gab er in Stuttgart ein Interview zum Thema Feinstaub – da war es meine Aufgabe zu recherchieren, wie die Feinstaubrichtlinie dort umgesetzt wird usw. Meistens kann ich auch zu Terminen von Arbeitsgruppen mitgehen ebenso wie zu den Ausschuss- und Fraktionsitzungen.

Da die Abgeordneten nicht immer mehrere Stunden am Stück Zeit haben, sind meist auch AssistentInnen und PraktikantInnen zum Notizen machen dabei, um später ihre/n Abgeordnete/n zu debriefen. Debriefen ist so etwas wie „Bericht erstatten“ und gehört zum EU-Slang genauso dazu wie TRAN (Verkehrs- und Touris-

musausschuss) und unzähligen weiteren Abkürzungen, an die man sich aber schnell gewöhnt. Mein Praktikum bietet sehr breit gefächerte Erfahrungen. Natürlich hatte ich über die Strukturen der EU gelesen – ganz verstehen kann man sie aber erst, wenn man die Gesetzgebungsprozesse miterlebt. Finde ich.

Michael erarbeitet z.B. gerade einen Bericht über Nachhaltigen Gütertransport für den Verkehrsausschuss, der später dann – in überarbeiteter und abgestimmter Form – der Kommission vorgelegt wird, die daraus ein Gesetz gießen kann.

Abgesehen von Inhalten finde ich die ganze Atmosphäre faszinierend – dort zu sein und mitzuerleben, wie Europa weiter vereint wird. Ganz ehrlich muss ich aber auch gestehen, dass ich die Oberflächlichkeit, die oft bei Veranstaltungen der Landesvertretungen oder bei Lobby-Events herrscht, manchmal anstrengend finde, auch wenn es sicherlich irgendwie dazu gehört.

Aber es gibt Abende, an denen ich denke, dass gerade unter PraktikantInnen nur abgeklopft wird, wer, was, wo macht und inwiefern er oder sie später mal von Nutzen sein kann. Alles in allem kann ich solch ein Praktikum aber nur empfehlen, denn bereits jetzt kann ich sagen, dass ich viel gelernt habe.

Dieser Bericht gibt natürlich nur einen kleinen Ausschnitt von dem wieder, was ich hier alles erlebe. Deshalb könnt ihr mir gern mailen, wenn ihr mehr erfahren möchtet!

Tot ziens sagt Carolin.

CAROLIN FRIEDEMANN
carolin.friedemann@hotmail.de



DER GROSSE UNTERSCHIED

Equal Pay Day - Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit



AUSTRALISCHE KALENDER-KARIKATUR ZUM EQUAL PAY DAY

Im Grunde genommen ist es ein Skandal, dass wir Frauen einen Aktionstag ins Leben rufen müssen, um auf das Selbstverständliche, nämlich gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit aufmerksam zu machen. Der Equal Pay Day wurde am 15. April 2008 zum ersten Mal in Deutschland begangen. Das Datum ist bewusst gewählt, weil erst am 15. April die Frauen in Deutschland in etwa das verdienen haben, was Männer bereits am 31. Dezember des Vorjahres in der Tasche haben.

Frauen erhalten immer noch weniger Lohn als Männer: Rund 22 % beträgt der Unterschied in gleichen Jobs, 33 % gar bei Frauen in Führungspositionen. Deutschland gehört mit dieser Gehaltskluft im Vergleich zu anderen EU-Ländern zu den Schlusslichtern (EU-Durchschnitt: 15 %).

Frauen haben schon viel aufgeholt bzw. die Männer überholt. Sie brechen seltener die Schule ab, machen häufiger Abitur, studieren schneller und haben oft bessere Noten. Diese Entwicklung schlägt sich aber keinesfalls in einem höheren Anteil von Frauen in Führungspositionen durch. Eher sind sie häufiger in Branchen anzutreffen, die schlechter zahlen, und sie arbeiten oft in Teilzeit.

Der hohe Prozentsatz teilzeitbeschäftigter Frauen zeigt, dass sie diejenigen sind, die Hausarbeit und Berufstätigkeit miteinander verbinden. Wir müssen die Rahmenbedingungen so gestalten, dass Frauen und Männer

gleichberechtigt die Dauer ihrer wöchentlichen Arbeitszeit wählen können. Dazu gehört, dass eine bedarfsgerechte Versorgung durch zum Beispiel Kindertagesstätten oder Ganztagschulen garantiert sein muss. Und auch die Männer müssen weiterhin bestärkt werden, die Vereinbarkeit von Beruf & Familie zu leben.

Hinzu kommt, dass die überwiegend von Frauen ausgeübten Tätigkeiten größtenteils einer schlechteren Bewertung und damit Entlohnung in Tarifverträgen unterliegen. So erhält eine Mitarbeiterin in der Altenpflege trotz der gleichwertigen Eingangsqualifikation einer Fachschulreife eine geringere Entlohnung als ein Techniker.

Hier besteht für die Tarifparteien ein dringender Handlungsbedarf: Eine Änderung von Arbeitsplatzbeschreibungen und deren Bewertung sowohl bei Unternehmen als auch im Öffentlichen Dienst muss umgehend erfolgen. Die Grünen auf Bundesebene sind hier initiativ geworden, indem sie einen Antrag mit dem Ziel gestellt haben, wenigstens im Tarifvertrag des Öffentlichen Dienstes (TVöD) für eine gerechte Bewertung von Frauentätigkeiten zu sorgen. Der Antrag kann unter http://www.gruene-bundestag.de/cms/initiativen/dok/228/228468.antrag_entgeltgleichheit.html im Internet eingesehen werden.

MAARET WESTPHELY

maaret.westphely@hannover-rat.de



AUS DEM RATHAUS

BOEHRINGER INGELHEIM

Gemäß dem eindeutigen Beschluss der MV vom 28. Mai wird sich die Ratsfraktion pro Ansiedlung von Boehringer in Kirchrode aussprechen, allerdings die weitere Planung kritisch begleiten und sich für Standards der Umwelt- und Sozialverträglichkeit bei der Errichtung und dem Betrieb der Anlage einsetzen.

ROT-GRÜNE ANTRÄGE

Lokaler Integrationsplan: Wir wollen weitere Schwerpunkte in den Bereichen Bildung, Gleichberechtigung, Interkulturelle Kompetenz und Beschäftigungsförderung setzen. Auch soll es endlich an die Umsetzung gehen.

Kompetenzen Bezirksräte: Die Verwaltung soll eine interfraktionelle Arbeitsgruppe aus Rats- und Bezirksratsmitgliedern einrichten, um sinnvolle Möglichkeiten der Ausgestaltung der Kompetenzen der Stadtbezirksräte sowie einer verbesserten BürgerInnenbeteiligung zu prüfen. Die erarbeiteten Empfehlungen sind den Ratsgremien bis zum Sommer 2009 vorzulegen.

Informationskampagne für Baustellen in der Stadt: Im Rahmen des Internetportals hannover.de soll über die in Hannover laufenden und in Planung befindlichen Bauprojekte der öffentlichen Hand und privater Investoren informiert werden. Dabei sollen insbesondere ökologische, energetische und soziale Kennwerte herausgestellt werden, und zwar als zeitgemäße Form der BürgerInnenbeteiligung im Baubereich.

Sondernutzungssatzung: Eine Sondernutzungssatzung regelt die Nutzung und Gestaltung öffentlicher Räume, z. B. Freisitze der Gastronomie und Werbung. Die Verwaltung hatte einen Vorschlag unterbreitet mit dem Ziel, eine qualitätvolle Gestaltung öffentlicher Räume und damit das Image der Stadt zu fördern. Das begrüßen wir. Unerwünscht sind allerdings Überregulierungen. Der rot-grüne Antrag sieht daher einzelne Lockerungen vor wie z. B. das Erlauben von Bauchläden, anstatt sie zu verbieten. Untersagen wollen

wir dagegen den Betrieb von sogenannten Heizpilzen auf öffentlichen Flächen, weil diese besonders klimaschädlich sind. Seit dem Rauchverbot in der Gastronomie wachsen diese wie Pilze aus dem Boden.

Energieeinsparberatung für Geringverdiener: Zu erarbeiten ist ein Energieberatungskonzept in Zusammenarbeit mit der Region Hannover, dem ARGE Job Center und den Stadtwerken Hannover. Zielgruppe der Beratung sind Mieterhaushalte mit GeringverdienerInnen, SGB II- und SGB XII-BezieherInnen etc. Das Kernelement ist die Beratung durch SGB II-EmpfängerInnen, die von der Klimaschutzagentur und den Stadtwerken qualifiziert werden könnten. Zu prüfen sind auch Anreize zum Kauf energiesparender Geräte.

Energieeinsparberatung für MigrantInnen: Kommunal geförderte Einrichtungen im Klimaschutzbereich sollen ihre Empfehlungen zum energiesparenden Bauen auch in die Sprachen der größten hier vertretenen Migrantengruppen übersetzen und die Beratungen nach spezifischen Ansprüchen ausrichten.

Treibhausgasemissionen bei städtischen Flugreisen: Diese sollen durch Abgaben an die Klimaschutzinitiative atmosfair ausgeglichen werden, zumal die klimaschädigende Wirkung der Emissionen in höheren Lagen der Atmosphäre um das zweibis vierfache größer ist als in Bodennähe.

DISKURS SCHLOSS HERRENHAUSEN

Nach dem von uns veranstalteten Symposium am 7. März möchten wir die Diskussion fortsetzen. Dazu wurde unter <http://www.gruene-hannover.de/schlossdiskurs/index.html> eine Diskussionsseite eingestellt, auf der die Beiträge der ReferentInnen zum Symposium eingesehen werden können. Außerdem besteht die Möglichkeit, uns Diskussionsbeiträge zuzusenden, die wir dort veröffentlichen.

EURE RATSFRAKTION
gruene@hannover-stadt.de
0511 168 454 33

Auch in diesem Jahr besuchte eine kleine Gruppe der AG Umwelt & Energie wieder die Hannover Messe - genauer die Internationale Leitmesse der erneuerbaren und konventionellen Energieerzeugung, Energieversorgung, -übertragung und -verteilung in Halle 13. Ziel waren diesmal neben der Stadtwerke Hannover AG, die als kommunales Energieversorgungsunternehmen natürlich bei keinem Messebesuch der Grünen fehlen dürfen, das Institut für Solarenergieforschung (ISFH) aus Hameln/Emmerthal und die Firma OTAG aus Olsberg im Hochsauerland. Das ISFH ist der Abteilung Solarenergie im Institut für Festkörperphysik der Leibniz Universität Hannover angeschlossen und entwickelt innovative Komponenten für die photovoltaische und solarthermische Nutzung der Sonnenenergie. Die Firma OTAG entwickelt und vertreibt Mini-BHKW's für Ein- bis Dreifamilienhäuser.

Am Institut für Solarenergieforschung arbeitet man u.a. an der Entwicklung neuer Hocheffizienz-Solarzellen für die industrielle Massenfertigung, die preiswerter sein und zugleich einen höheren Wirkungsgrad besitzen sollen als heutige Solarzellen. Erste Beispiele für diese neuen Solarzellen wurden uns auf der Messe vorgeführt. Bahnt sich hier vielleicht eine Revolution in der Photovoltaik an?

STADTWERKE SOLARFORSCHUNG MINI-BHKWs

Grüne besuchen Hannover Messe 2008



MICHAEL DETTE INFORMIERT SICH AM STAND DES INSTITUTS FÜR SOLARENERGIEFORSCHUNG

Ein anderer Schwerpunkt des ISFH liegt im Bereich der Solarthermie und hier, wie uns am Messestand erläutert wurde, u.a. in der Funktionskontrolle von Sonnenkollektoren. Dabei wird automatisch gemessen, ob es bei Sonnenkollektor-Anlagen Abweichungen

zwischen dem realen und dem theoretisch erwarteten Wärmeenergieertrag gibt. Erste Messgeräte sind bereits kommerziell verfügbar. Mit ihrem „Powerblock“, wie die Firma OTAG ihr selbst entwickeltes Mini-BHKW nennt, will die Firma aus Olsberg zukünftig die

Heizkeller von Ein- bis Dreifamilienhäusern verändern. Geht es nach der Vorstellung von OTAG, dann werden in Zukunft Millionen von EigenheimbesitzerInnen neben der Heizungswärme zugleich bis zu 80 % ihres Strombedarfs im eigenen Keller produzieren.

Damit ließen sich, wie uns am Stand vorgerechnet wurde, die Stromkosten für ein Einfamilienhaus durch Einsparungen und Einnahmen durch Einspeisung ins Netz um 400 bis 1.250 Euro pro Jahr reduzieren und gleichzeitig der CO₂-Ausstoß eines Einfamilienhauses von ca. 10 Tonnen auf bis zu 5,7 Tonnen pro Jahr, also um ca. 40 % reduzieren. Für ihr innovatives Produkt erhielt die kleine Firma vom renommierten Wuppertal-Institut den Energie und Umweltpreis 2005, während es bei den etablierten Energieversorgern auf keine Gegenliebe stößt.

Für uns Grüne in Hannover könnten solche Mini-BHKWs in Eigenheimen dazu beitragen, die Dinosaurier-Technologie Kohlekraftwerke, wie sie auch von der Stadtwerke Hannover AG weiter favorisiert wird, durch neue dezentrale und umweltfreundliche Formen der Energieerzeugung zu ersetzen.

MICHAEL DETTE
michael.dette@
hannover-rat.de



HANNOVER-AKTIV-PASS

Für mehr Teilhabe an Kultur, Bildung und Sport

Die Anhörung zum Hannover-Aktiv-Pass am 14. April im Sozialausschuss war ein großer Erfolg. Referenten aus Köln Stuttgart und Oldenburg haben ihre Pässe vorgestellt.

Köln: Den Kölnpass gibt es seit 1985. Genutzt wird er von ALG II – EmpfängerInnen, Grundsicherungs- und WohngeldempfängerInnen. Es gibt Ermäßigungen in Bädern, Sportvereinen, Kinos, Schülermittagessen, Kindergartenplätze. Seit 2007 können auch die öffentlichen Verkehrsmittel ermäßigt genutzt werden – was die Zahl der SchwarzfahrerInnen rapide sinken ließ.

Stuttgart: Hier gibt es zwei Bausteine. Der eine ist die Familienkarte für Kinder und Jugendliche aus Familien mit einem Einkommen von unter 70000 Euro im Jahr. Mit ihr gibt es Ermäßigungen in Schwimmbädern, Museen und Sportvereinen. Der zweite Baustein ist die Bonuscard mit Ermäßigungen im öffentlichen Personennahverkehr.

Oldenburg: Der 2003 eingeführte Oldenburgpass arbeitet mit vielen Partnern zusammen, die Rabatte in Vereinen und Kultureinrichtungen gewähren. Seit 2008 gibt es auch ermäßigte Schwimmkarten und Bustickets.

Die Pässe haben in allen Städten, besonders in Köln, Tradition und werden in der Stadtgesellschaft unterstützt.

Bis zum Herbst 2008 soll es auf einen rot – grünen Antrag hin ein Konzept für einen Hannover-Aktiv-Pass geben. Auch hier in Hannover wünschen wir uns viel Unterstützung für dieses Projekt.

Informationen zum Hannover-Modell gibt es im Fraktionsbüro.

KATRIN STUDIER
info@katrinmohr.de



EIN PLATZ AN DER SONNE!



Auf dem Dach der Hauptmensa am Schneiderberg entsteht eine Photovoltaikanlage. Ab 50 Euro können Anteile erworben werden. Ein Beitrag zum Klimaschutz und zugleich eine Investition zum "Kohle" verdienen mit Sonne!

Mehr Informationen unter campusgruen-hannover.de, sonnenhungrig.info oder telefonisch bei Ökostadt e.V. unter 0511/ 1690291

Die Wirklichkeit ist so selbstverständlich wie verrückt: In Hannover wie in anderen deutschen Städten liegt der Anteil männlicher Mitarbeiter in Kindergärten und Kindertagesstätten bei 5 %. Zählt man nur diejenigen, die in der pädagogischen Arbeit mit Kindern beschäftigt sind, bleiben gerade mal 3 %. (Ähnliches gilt für Grundschulen, in denen wir dann einen stolzen männlichen Anteil von 13 % finden, die mit den nun sechs- bis zehnjährigen Kindern arbeiten.) Frauen bestimmen also nach wie vor das Geschäft, wenn es um die Arbeit mit Kindern geht. Hinzu kommt, dass ca. 25 % der hannoverschen Haushalte mit Kindern "Ein-Eltern-Haushalte" sind, in denen vornehmlich Mütter ihre Kinder alleine erziehen.

MÄNNER GESUCHT

Die jugendpolitische Sprecherin der grünen Ratsfraktion, Ingrid Wagemann, hatte am 16. April Fachleute eingeladen, um diese Situation von vielen Seiten zu beleuchten und zu klären, ob und wie mehr Männer für die Arbeit mit Kindern zu interessieren sind. Ziel bei diesem Thema ist, dass Frauen und Männer gleichermaßen an der Betreuung und Erziehung von Mädchen und Jungen beteiligt sind. Dass es in der Welt der ein bis zehnjährigen Mädchen und Jungen selbstverständlich Frauen und Männer gibt.

DIE IDEE ZUR VERANSTALTUNG

In der grünen Fach-AG wurde die Situation einer wachsenden Zahl von Jungen diskutiert, die zu viel Zeit am Bildschirm und bei Computerspielen verbringen, die in ihrer Phantasiewelt die Größten sind und in der echten Welt zum Versager mutieren. Jungen mit geringer Sozialkompetenz und niedriger Frustrationstoleranz, schlechten Schulnoten und geringen Chancen darauf, in der Ausbildung, am Arbeitsplatz zu bestehen. Jungen, die in ihren Familien eine patriarchale Ordnung vorgelebt bekommen, die wo anders nicht hin passt. Es ging um Jungen als Verlierer, die nicht nur Probleme haben, sondern auch machen. Wir gehen davon aus, dass Mädchen und vor allem Jungen in ihrer Lebenswelt Männer brauchen, an denen sie sich orientieren und mit denen sie streiten können. Männer, die Jungen anders verstehen und dadurch vielleicht besser unterstützen und fördern können. Männer,

MÄNNER GESUCHT!

Bleibt die Pädagogik weiblich? Ein Resümee der grünen Veranstaltung vom 16.04.2008 von Ingrid Wagemann



BRIGITTE SALZER, DR. TIM ROHRMANN, INGRID WAGEMANN, MONICA PLATE, JOHANNA JACOBS UND UWE SIEDENTOPF (V. L.)

die Jungen und Mädchen neue Rollenbilder und -Vorstellungen ermöglichen.

DAS EINFÜHRUNGSREFERAT

Dr. Tim Rohrmann (Dipl.-Psychologe und Leiter des Wechselspiel-Instituts für Pädagogik und Psychologie) legte mit seiner ausgewiesenen fachlichen Kompetenz, mit Zuspitzungen, eindeutigen Zahlen, klaren und ehrlichen Worten zum Thema die Grundlage für eine angeregte und kompetente, aber auch streitbare Diskussion: "Die Wirkung von Männern und Frauen in der beruflichen Erziehungsarbeit in Bezug auf die Prägung von Geschlechterrollen der Kinder ist bis heute nicht erwiesen", machte er eine Hoffnung der Veranstaltung gleich zu Beginn zunichte und warnte vor zu hohen Erwartungen an die wenigen männlichen Kollegen:

- Die männlichen Erzieher entsprechen nicht dem "typischen Männerbild" und damit möglicherweise nicht den Erwartungen der Kolleginnen;
- Durch den Mann in der Kita können Rollenklischees verstärkt statt abgebaut werden, wenn er z.B. kleinere Reparaturen nebenbei erledigen soll, schwere Sachen trägt und mit den Jungs Fußball spielen muss;
- die Sorge vor sexuellem Missbrauch durch Erzieher an Kindern macht den unvoreingenommenen Umgang aller Beteiligten

schwierig. Auch in ihrem Umfeld außerhalb der Kita müssen sich Männer, die sich für den Erzieherberuf entscheiden, oft genug die Akzeptanz für ihre Berufswahl erkämpfen - wenn es gelingt. Häufig genug bleiben sie unmännlich auf der Strecke.

HANNOVERSCHER ALLTAG

Johanna Jacobs unterrichtet an der Fachschule Alice-Salomon, Brigitte Salzer leitet die Kita in der Waldstraße und Uwe Siedentopf ist Erzieher und Heilpädagoge und initiierte das hannoversche Netzwerk männlicher Kollegen. Ihre Beschreibungen machten hoffnungsfroh. So gibt es mittlerweile deutlich mehr engagierte Männer, die sich an der Fachschule zum Erzieher ausbilden lassen. Uwe Siedentopf und Brigitte Salzer befeuert die Arbeit in gemischtgeschlechtlichen Teams. Sie weisen aber auch darauf hin, dass die Zusammenarbeit nur funktioniert, wenn alle für die Veränderungen mitmischen. Alle Beteiligten betonen diese wesentliche Grundlage: Damit die Zusammenarbeit im pädagogischen Alltag wertvoll für Kinder ist und die Erwachsenen gut miteinander klar kommen, müssen Männer und Frauen die eigene Geschlechterrolle in der erzieherischen Arbeit hinterfragen. Die Reflektion darüber gehört in die Teamarbeit und in die Ausbildung. Ebenso wie das Thema "Sexueller Missbrauch" und der Umgang damit wichtiger Bestandteil der Arbeit und des pädagogischen Diskurses ist.

WIE KANN ES GELINGEN?

Wie kann es gelingen, Jungen und Männer für den Erzieherberuf zu interessieren und sie dann auch in den pädagogischen Einrichtungen zu halten? Aus der Reihe der Vorschläge aus der Praxis und von Tim Rohrmann gab es Einiges, was für uns interessant sein könnte:

- Schulen und Kitas werden angeregt, Patenschaften miteinander zu vereinbaren, um gemeinsame Projekte wie z.B. Praktika der Schüler in der Kita zu ermöglichen.
- Die Fortbildungen zur Geschlechtsrollenpädagogik sollten verbindlicher sein.
- Für pädagogische Berufe und für Männer in Erziehungsberufen wird in den Schulen und in der Berufsberatung wie auch in der öffentlichen Diskussion gezielt geworben; Til Schweiger lässt grüßen.
- Die Zusammenarbeit zwischen Kitas und Erzieherfachschulen kann weiter verbessert werden.
- Über ein erweitertes Profil und über Spezialisierungen im Bereich der professionellen Erziehung sollten wir nachdenken.
- Die Öffnung für Quereinsteiger in das Berufsfeld wird erleichtert.

Die Steigerung der gesellschaftlichen und damit auch finanziellen Wertschätzung für diesen Beruf ist schon lange überfällig. Eine lange und aufwendige Ausbildung, viel anstrengende, anspruchsvolle und verantwortungsvolle Arbeit für wenig Geld trägt bei Frauen und Männern kaum dazu bei, den interessanten und hochwertigen Beruf der Erzieherin attraktiv erscheinen zu lassen.

DAS ERGEBNIS

Der Mann an sich ist also nicht förderlich für die Erziehungsarbeit. Doch kaum jemand im Gobelinsaal im Rathaus war nach der Veranstaltung der Meinung, es lohne sich nicht, sich auf den Weg zu machen. In eine Wirklichkeit und Normalität selbstverständlich mit Erzieherinnen und Erziehern in Kitas und so selbstverständlich für Jungen und Mädchen, die sich alles mögliche vorstellen können - sogar einen Mann, der gerne Fußball spielt.

INGRID WAGEMANN

ingrid.wagemann@hannover-rat.de



Viele von Euch haben sicherlich schon von uns gehört, der Stiftung Leben & Umwelt. Wir sind die Landesstiftung der Grünen-nahen Heinrich-Böll-Stiftung und unsere Arbeit ist die politische Bildung. Unter politischer Bildung verstehen wir, unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen Möglichkeiten zu Information, Austausch und zur Diskussion zu geben. Im Zentrum steht dabei eine Gesellschaftspolitik nach ökologischen, basisdemokratischen und gewaltfreien Grundsätzen. Am bekanntesten ist unsere Arbeit sicherlich dank Veranstaltungsreihen wie „Der Grüne Salon“ oder „Die Stiftung lädt ein“ mit denen wir in Form von Diskussionsabenden mit ExpertInnen und Publikum aktuelle politische Themen vertiefen. Was viele nicht wissen: ein großer Teil unserer Arbeit besteht auch aus Kooperationen mit anderen Netzwerken, Bildungsträgern, Vereinen usw. Ohne diese Kooperationen wäre es uns weder möglich, Themen von A(rbeit) bis Z(eitgeschichte) anzubieten, noch dazu in so verschiedenen Formen wie Vorträgen, Ausstellungen, Workshops oder Tagungen. Die Geschäftsstelle arbeitet sehr gern mit studierenden PraktikantInnen, weil wir auf diese Weise Verstärkung für unser kleines

MITMACHEN ERWÜNSCHT!

Die Stiftung Leben & Umwelt sucht PraktikantInnen



VERANSTALTUNG DER STIFTUNG LEBEN & UMWELT IM IN DER LEIBNIZ UNIVERSITÄT

Team (zwei Mitarbeiterinnen) bekommen und den Studierenden gleichzeitig Erfahrungen in den Bereichen Projektmanagement, Öffentlichkeitsarbeit und Verwaltung bieten. Die Arbeit in diesen Bereichen bietet einen umfassenden Einblick in die Arbeit der Stiftung. Je nach Länge des Praktikums und den Interessen der/s PraktikantIn können auch eigene kleine Projekte konzipiert

und durchgeführt werden. Fähigkeit zur Teamarbeit und ein hohes Maß an Selbständigkeit setzen wir für die Arbeit bei uns voraus. Außerdem haben wir im Laufe der Jahre festgestellt, dass es sehr hilfreich ist, wenn unsere PraktikantInnen Interesse an grüner Politik mitbringen und sich eventuell bereits engagieren oder sogar schon Erfahrungen aus der Projektplanung mitbringen.

Falls du nun neugierig geworden bist – bewirb dich doch bei uns! Wir bieten nämlich regelmäßig die Möglichkeit, bei uns „reinzuschneppen“. Hier noch ein paar weitere Informationen zum Praktikum und der Bewerbung: Wir bieten Praktika entweder in Teilzeit (2-3 Tage pro Woche) oder Vollzeit (5 Tage pro Woche) mit einer Mindestdauer von drei Monaten an. Dein Aufgabenfeld würde die gesamte Arbeit der Stiftung umfassen, gegebenenfalls lässt sich aber auch ein Schwerpunkt ausmachen. Da die Arbeit mit dem Computer auch bei uns unerlässlich ist, solltest du Kenntnisse in den gängigen Microsoft Office-Anwendungen mitbringen. Außerdem sind Verantwortungsbewusstsein, schnelle Auffassungsgabe und Interesse an politischer Bildung sehr hilfreich. Die Praktikumsausschreibung findest du auch auf unserer Homepage. Deine Bewerbung sollte Lebenslauf und Motivationsschreiben enthalten und per Mail an uns geschickt werden.

Wir freuen uns auf zahlreiche, interessante Bewerbungen!

RENATE STEINHOFF
info@slu-boell.de
www.slu-boell.de

EIN ANDERER ZUGANG ZU POLITIK

Einladung zu einem Experiment

Der eine oder die andere hat eventuell schon mal etwas von Familienaufstellungen oder Bert Hellinger gehört. Hellinger entwickelte seit den 80er Jahren auf der Basis bestehender therapeutischer Verfahren und philosophischer Ideen aus verschiedenen Richtungen und Kulturen die Familienaufstellung als eine faszinierende Methode, in (Familien-)Systemen mit Hilfe der repräsentativen Wahrnehmung (die jedem Menschen mehr oder weniger eigen ist) eintauchen zu können. Der prinzipielle Ablauf ist wie folgt: Vor einer Gruppe von Menschen, die sich üblicherweise nicht kennen, beschreibt der Klient sein Anliegen. In einem Gespräch ermittelt der Leiter relevante Personen oder

Faktoren, die für die Aufstellung hilfreich sind (bei einer Familie z.B. die betreffende Person und die Eltern, bei Organisationen 'Der Chef', 'Die Kunden', 'Das Ziel'...). Aus der Gruppe wählt der Klient nun Stellvertreter für diese Personen und stellt sie im Raum auf. Mit diesem räumlichen Bild des Systems wird nun gearbeitet. Der Leiter befragt die StellvertreterInnen nach ihren Eindrücken und Empfindungen, die Rückschlüsse auf die Wurzel des Problems geben. Nun folgt die eigentliche Prozessarbeit. Das aufgestellte System positioniert sich neu, evtl. fehlende Personen werden hereingenommen, ausgleichende Sätze werden gesprochen, auf Stimmigkeit geprüft. Die Stellvertreter haben Empfindungen der Personen die sie vertreten, und

so die Möglichkeit, für sich völlig neue Erfahrungen zu sammeln. Heute haben viele Therapeuten diese Methode weiterentwickelt und setzen sie weltweit ein. Und sie hat ihren Ursprung, die Familie, längst verlassen. Auch der Streit um die Person Bert Hellinger konnte der Methode letztendlich nichts anhaben. In der Organisationsentwicklung gehört sie längst zum selbstverständlichen Handwerkszeug. Die Anwendungsbereiche erweitern sich ständig, sie reichen inzwischen von Krankheits- und Organ-Aufstellungen bis zu politischen und gesellschaftspolitischen Aufstellungen. Und darum soll es gehen: um gesellschaftspolitische Themen und um einen Versuch, einen komplett anderen Zugang zu Politik zu bekommen.

Wann: Dienstag, 10. Juni 2008, 18 bis 21 Uhr

Wo: Grünes Zentrum, Senior-Blumenberg-Gang (Keller)

Wer: Jeder, der Lust auf ein Experiment hat.

Leitung: Christopher Bodirsky

Wer Interesse oder Rückfragen hat, den bitte ich um eine kurze Mail an info@bodirsky-systeme.de oder 0511/90 46 90 90.

Christopher Bodirsky ist Sprecher der Nordgruppe und Mitglied im Leitungskreis der Deutschen Gesellschaft für Systemaufstellungen – DGfS e.V.

Mehr über Aufstellungsarbeit:
www.familienaufstellung.org

Auf Grüne Initiative hin hatte sich Rot-Grün in den Koalitionsvereinbarungen für die Ratsperiode 2006-2011 geeinigt, in der laufenden Wahlperiode einen Ideenwettbewerb "Hannover City 2020" zur Zukunft der hannoverschen Innenstadt durchzuführen.

Die Ergebnisse des Wettbewerbs sollen im Jahr 2010 vorliegen. Das Verfahren soll Vorschläge für Planungen, Projekte und Strategien für die hannoversche Innenstadt hervorbringen, die in dem dann folgenden Jahrzehnt, also bis etwa 2020, realisiert werden können. Ziel ist es, eine städtebauliche Bestandsmodernisierung und Aufwertung innerhalb des Cityrings, insbesondere der Cityränder mit der Altstadt zu erreichen.

Zur Unterstützung von Rat und Verwaltung bei der Vorbereitung des städtebaulichen Ideenwettbewerbs für die Innenstadt konnten drei prominente Persönlichkeiten als Moderatoren / Promotoren gewonnen werden: Prof. Rolf Wernstedt, ehemaliger Landtagspräsident, Dipl. Ing. Jürgen Eppinger, ehemaliger Leiter des Expo-Büros der Stadtverwaltung und Hans Werner Dannowski, ehemaliger Stadtsuperintendent. Nachdem sie Mitte 2007 ihre Arbeit begonnen hatten, haben diese drei Personen nun ein Konzeptpapier für „Hannover City 2020“ vorgelegt.

In ihrem Konzeptpapier stellen Wernstedt, Eppinger und Dannowski fest, dass die hannoversche Innenstadt seit einigen Jahren viele Aufwertungen und Verbesserungen erfährt. Beispiele dafür sind der zur EXPO 2000 umgebaute Hauptbahnhof, die Neugestaltung der Passerelle zur "Niki de Saint Phalle-Promenade", das ECE-Einkaufszentrum, die Neugestaltung des „Rosenviertels“, Aufwertungen der Georgstraße, des Operndreiecks, der Osterstraße, der Karmarschstraße und des Platzes der Weltausstellung und die Neugestaltung der Langen Laube zur Stärkung des „Medienviertels“.

Dennoch bleiben in der City an vielen Stellen städtebauliche Defizite erkennbar. Beispiele für solche Bereiche sind der Steintorplatz, die Goethestraße, der Marstall, das Hohe Ufer, der Köbelinger

HANNOVER CITY 2020

Die Innenstadtmodernisierung nimmt Fahrt auf



EIN BLICK IN DIE ZUKUNFT VON HANNOVERS INNENSTADT: HANNOVER CITY 2020

Markt, die Herschelstraße, die Lavesstraße, und der ehemalige Hauptgüterbahnhof. Darüber hinaus gibt es städtebauliche Räume mit Gestaltungsdefiziten. Im Wesentlichen sind dies die Straßenräume des Innenstadtrings mit ihren übergroß dimensionierten Verkehrsflächen. Hier soll der Ideenwettbewerb "Hannover City 2020" ansetzen.

Für die Vorbereitung und Durchführung des städtebaulichen Ideenwettbewerbs „Hannover City 2020“ für die Innenstadt sehen die drei Moderatoren/ Promotoren vier Arbeitsphasen vor:

- Phase 1: (ca. Juli 2007 – ca. Dezember 2008)

Bestandsaufnahme und Zieldiskussion zur Orientierung und Mobilisierung möglichst vieler Kräfte für die Teilnahme an den Vorbereitungen des Wettbewerbs.

- Phase 2: (ca. Oktober 2008 – ca. März 2009)

Präzisierung von Vorgaben, Zielen und Programmen für das Wettbewerbsverfahren. Erarbeitung von Planungsvorschlägen für einzelne Bereiche / Elemente / Projekte der Innenstadt.

- Phase 3: (ca. Januar 2009 – ca. Juni 2009)

Erarbeitung von Testentwürfen für die einzelnen Teilräume oder Quartiere, Projekte im öffentlichen Raum, neue öffentliche Einrichtungen, institutionelle Bauprojekte, und Projekte privater Bauherren oder Investoren, um eine größere Sicherheit in Bezug auf die Anforderungen des Wettbewerbsprogramms herzustellen.

- Phase 4: (ca. Juli 2009 – ca. Juni 2010)

Das eigentliche Wettbewerbsverfahren

Für die erste Arbeitsphase (bis ca. Ende 2008) machen Wernstedt, Eppinger und Dannowski in ih-

rem Konzeptpapier bereits vier konkrete Vorschläge:

1. „Stadtdialog Hannover City 2020“:

Mobilisierung von Stadtöffentlichkeit und Akteuren für das Thema "Hannover City 2020" und Klärung von Aufgabenstellung und Verfahren für Planung und Wettbewerb in einer Auftaktveranstaltung und einer Folge von ganztägigen Planungswerkstätten unter Beteiligung renommierter Fachleute.

2. „Planungsgruppe Hannover City 2020“:

Erarbeitung eines „Planwerks Innenstadt“ durch eine zubildende Planungsgruppe, das den (internationalen) TeilnehmerInnen des Wettbewerbs, der Fachöffentlichkeit und den BürgerInnen der Stadt die wichtigen Phasen der historischen Entwicklung, die heutigen Qualitäten, die erkennbaren Probleme und städtebauliche Potentiale der Innenstadt nachvollziehbar darstellen soll.

3. Räumliche und thematische Planungsschwerpunkte:

Analyse erwarteter, befürchteter oder erwünschter Veränderungen, einzelner Innenstadtfunktionen sowie Auswertung von Vorschlägen aus den Wettbewerben oder Workshopverfahren der vergangenen Jahre als Grundlagen für realistische Planungsvorschläge. Überprüfung der Verkehrs- und Logistikkonzepte für die Innenstadt, die die Rahmenbedingungen für die Gestaltung der Straßenräume setzen. Städtebauliche Testentwürfe für Teilbereiche (z.B. Teile des Innenstadtrings) oder Teilfunktionen (z.B. Wohnen) oder angestrebte Qualitäten (z.B. Wohn- oder Aufenthaltsqualität) zur Klärung der Aufgabe.

4. „Anthropologie Hannovers“:

Ergänzung der stadtplanerischen und städtebaulichen Ansätze durch sozial- und kulturgeschichtliche Untersuchungen und Darstellungen.

Jetzt geht es los - die Innenstadtmodernisierung „Hannover City 2020“ nimmt Fahrt auf!

MICHAEL DETTE
michael.dette@
hannover-rat.de



GRÜNER ZUKUNFTSTAG

Fünfzehn Mädchen und Jungen informierten sich bei Bündnis 90/Die Grünen in Hannover.



Bündnis 90/Die Grünen in der Region Hannover beteiligten sich wie schon in den vergangenen Jahren mit ihrem Zukunftstag am Girls' Day. 15 Schülerinnen und Schüler zwischen 10 und 16 Jahren besuchten das Grüne Zentrum, das Rathaus und den Landtag. Begleitet wurden sie den ganzen Tag von Julia Amthor und Tobias Leverenz von der Grünen Jugend.

TERMINNE

15.05.	19:00	11.06.	17:00
Regionsparteierrat, Grünes Zentrum, Senior-Blumenberg-Gang		AG Wirtschaft & Finanzen, Senior-Blumenberg-Gang 1, EG	
18.05.	11:00	16.06.	15:30
Hannover autofrei erobern. Grünes Diskussionsforum auf dem Platz der Weltausstellung und Stand auf dem Solarfest am Friedrichswall		AG Personal & Organisation, Senior-Blumenberg-Gang 1, EG	
20.05.	14:30	16.06.	18:00 Uhr
AG Personal & Organisation, Senior-Blumenberg-Gang 1, EG		AG Kultur, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG	
20.05.	18:30	17.06.	18:30
AG Kinder & Jugend, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG		AG Kinder & Jugend, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG	
20.05.	18:30	17.06.	18:30
AG Schule, Senior-Blumenberg-Gang 1, EG		AG Schule, Senior-Blumenberg-Gang 1, EG	
21.05.	17:30	17.06.	19:30
Erstes Treffen für den Grünen Club im Senior-Blumenberg-Gang 1		Vortrag Ursula Helmhold zur Sozialpolitik, Grundschule Hinter der Burg, Springe	
21.05.	18:00	19.06.	18:30
AG Frauen, Frauen-Treffpunkt, Jakobistr. 2		AG Migration, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG	
22.05.	18:30	24.06.	18:30
AG Migration, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG		AG Sport, Senior-Blumenberg-Gang 1, EG	
25.05.	16:00	25.06.	17:30
Stromwechsel-Café, Großer Gemeindesaal der Nazarethkirchengemeinde, Sallstr. 57		AG Umwelt & Energie, Regionshaus	
27.05.	18:30	30.06.	18:00
AG Sport, Senior-Blumenberg-Gang 1, EG		AG Bauen, Wohnen, Verkehr, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG	
28.05.	17:00	02.07.	18:00
AG Wirtschaft & Finanzen, Senior-Blumenberg-Gang 1, EG		AG Frauen, Frauen-Treffpunkt, Jakobistr. 2	
28.05.	17:30	03.07.	19:00
AG Umwelt & Energie, Regionshaus		Regionsparteierrat, Senior-Blumenberg-Gang 1	
02.06.	18:00	07.07.	18:00
AG Bauen, Wohnen, Verkehr, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG		AG Soziales, Senior-Blumenberg-Gang 1	
02.06.	18:00	25.08.	18:00
AG Soziales, Senior-Blumenberg-Gang 1, EG		Verkehrs-AG 2008 (Schwerpunkt Region), Hildesheimer Straße 20	
06.06.	17:00	27.08.	17:30
Mitgliederversammlung Regi- onsverband		AG Umwelt & Energie	
09.06.	18:00	04.09.	19:00
Verkehrs-AG (Schwerpunkt Regi- on), Hildesheimer Straße 20		Regionsparteierrat, Senior-Blumen- berg-Gang 1	
10.06.	18:00	13.09.	
Versuch eines anderen Zugangs zu Politik, Senior-Blumenberg- Gang 1		Mitgliederversammlung Regi- onsverband	

Weitere Termine:
www.gruene-hannover.de

**DIE GRÜNE JUGEND TRIFFT SICH
JEDEN MITTWOCH UM 18.00 UHR
IM GRÜNEN ZENTRUM.**

**INTERESSENTINNEN SIND
HERZLICH WILLKOMMEN!**

IMPRESSUM

Grüne Seiten sind das Mitteilungsblatt des Regionsverbands Hannover von Bündnis 90/Die Grünen, Senior-Blumenberg-Gang 1, 30159 Hannover.

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Sven-Christian Kindler, Brigitte Deyda, Dieter Albrecht, Jan Haude, Maaret Westphely, Angela Klingrad, Christopher Bodirsky, Christian Gutswager, Enno Hagenah, Janine Drolinvaux, Mark Bindert, Mark Meißner, Jeanette Weinrich, Patrick Drenske, Rudi Zimmeck, Carolin Friedemann, Ruth Wenzel, Günter Wulfert, Dietmar Beck, Katrin Studier, Ingrid Wagemann, Dorota Szymanska, Andrea Guthaus, Ronald Schütz und Christian Günther (V.i.S.d.P.).

Druck: Forum Druck, Striehlstr. 11, 30159 Hannover, Tel. 0511-1316224.

Versand: Lister Copy und Büro Service, Pelikanstr. 13 A, Tel. 96546-0

Grüne Seiten werden kostenlos an alle Mitglieder von Bündnis 90/Die

Grünen Regionsverband Hannover verschickt. Die nächsten Grünen Seiten erscheinen voraussichtlich im September 2008.



**Bündnis 90/Die Grünen
Senior-Blumenberg-Gang 1
30159 Hannover**

**Tel. 0511/300 88 66,
Fax 0511/300 89 66**

**region@gruene-hannover.de
www.gruene-hannover.de**

**Bankverbindung:
Kontonr.: 8418700
Bank für Sozialwirtschaft
Bankleitzahl: 251 205 10**

MITGLIEDSBEITRÄGE UND SPENDEN

Wir freuen uns über jede Spende und sind von der regelmäßigen Zahlung der Mitgliedsbeiträge abhängig.

Der Mitgliedsbeitrag beträgt 1% des Nettoeinkommens. Beitragsanpassung dringend erwünscht!

Hierzu reicht ein Anruf oder eine Mail. Auch Einzugsermächtigungen könnt ihr uns ganz einfach telefonisch oder per Mail erteilen!

Bei Fragen meldet euch in der Geschäftsstelle.

